

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inzerate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 264.

Donnerstag, den 10. November 1910.

17. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Bruhn und die Seinen.

Wilhelm Bruhn hat gestegt. Der Staatsanwalt selbst hat in allen Fällen, derenwegen seit vierzehn Tagen gegen diese Journalistenperle verhandelt worden ist, auf Freisprechung angetragen, und heute wird Bruhn, ein Sokrates der Preßkorruption, statt den verdienten Giftbecher zu leeren, von anderen nationalen Helden auf dem Pritaneion geselbstet werden. Freilich mag er wie jener Jude in Hebbels Schachkästlein ausrufen: „Nu waih, ich habe gewonnen!“, denn wenn einem Staatsanwalt eine Anklage niemals kläglich unter den Händen zerronnen ist, so werden doch niemals alle moralisch Anständigen so auf der Seite der Staatsanwaltschaft stehen wie hier.

Als ein juristisch Freigesprochener verläßt Herr Bruhn den Gerichtssaal, aber das verächtliche Urteil der Öffentlichkeit müßte ihn niederdrücken, wenn anders er mehr wäre, als ein verächtlicher Bursche, der da weiß, daß Geld nicht riecht, mag es auch aus Kloaken herausgefischt sein. Er ist für sich ein Typ, muß doch die Großstadt mit ihren zahlreichen Fäulniserscheinungen den Expresser erzeugen, der statt mit angebrohten Dynamitattentaten und Mordanschlägen mit Preßenthüllungen arbeitet und sich schämt und recht für sein Schweigen mit Inseraten bezahlen läßt, wenn nicht mit blauen und braunen Pappen direkt. In der Natur der Sache liegt es, daß Expressern dieses Kalibers weit schwerer beizukommen ist, als den anderen altmodischen Schlägen, denn einmal bietet ihr lichtliches Handwerk dem Strafrichter an sich sehr wenig Anhaltspunkte. Ein Warenhausbesitzer etwa ist sich irgend einer Verfehlung bewußt, die in der Öffentlichkeit bekannt zu einem Skandalosum werden würde. Nun findet er in dem Briefkasten eines Revolverblättchens eine Leise, nur ihm verständliche Andeutung zu dem Fall und vielleicht die Ankündigung folgender Artikel. Wenn er darauf für ein paar hundert oder tausend Mark Inserate aufgibt und damit die Quelle der Enthüllungen verstopft, wo liegt da die strafrechtlich fahrbare Erpressung?

Das war der eine der Gründe, weshalb der Prozeß gegen Bruhn ausgehen mußte, wie das Hornberger Schiefen. Zum andern aber sind, wenn wirklich einmal ein Strafverfahren eingeleitet ist, die Zeugen aus Angst vor weiteren Enthüllungen schwer bereit, mit der ganzen Wahrheit herauszurücken, und auch in diesem Prozeß mußte der Staatsanwalt tief bedauernd feststellen, daß die Zeugen die vor dem Untersuchungsrichter Belastung auf Belastung getürmt hatten, jetzt einer nach dem anderen umfielen wie Bleisoldaten. Das Wort wollte ihnen nicht über die Lippen, da sie Herrn Wilhelm Bruhn drohend auf der Anklagebank sahen und mit der ganzen Imperpetenz, die ihm zu Gebote steht, ihre Aussagen zerzaufen sahen. Es war ja ein Unikum, wie sehr der Vorsitzende der Strafkammer die Fäden der Prozeßführung aus den Händen ließ und wie unbekümmert der Angeklagte herumschwabronieren und herummandrieren durfte: wenn ein neuer Zeuge an den Stand trat, hörte man bei Bruhn förmlich den Hahn des Revolvers knacken — und sie alle fielen um!

Was der Sache einen besonders pikanten Anstrich gibt, ist, daß dieser dunkle Ehrenmann als ein Urteutone und als ein unerschrockener Vorkämpfer für Thron und Altar gegen die Rote des Umsturzes vor Gericht aufzutreten durfte. Wie der Hirsch schreit nach frischem Wasser, so schrie er nach der Zeugenschaft eines hohen Tiers von der Berliner politischen Polizei, des Polizeirats Henninger, der ihm, Wilhelm Bruhn, ein Ehrenzeugnis ausstellen werde, daß er sei ein honoriger Mann, ein reichsteuer Mann, ein rechtsstehender Mann und beliebt bei den Herren von der Regierung! Aber das Polizeipräsidium hatte wohlweislich seinen Beamten auf Urlaub geschickt und ihm obendrein durch die Verweigerung der Erlaubnis, auszulagen, ein festes Schloß vor dem Mund gelegt, denn auch Achigroschenjungen und anderes Lumpengesindel schlägt man zwar am Alexanderplatz, aber man zeigt sich mit ihnen nicht gern in der Öffentlichkeit. Dafür erschien als ein gottvoller Sachverständiger Herr Paul Eiman vor den Schranken des Gerichts, der Eiman, der als fingerfertiger Doppelschreiber bekannt ist, soweit die deutsche Zunge klingt, der, obwohl ihm das Messer des Schneiders in der Synagoge des Lebens ersten Schmerz zugefügt, ein wild um sich haender Antilemit ist und der es fertig gebracht hat, an ein und demselben Tage in verschiedenen Zeitschriften für und gegen England zu schreiben. Dieser klassische Sachverständige war denn der berufene Mann, aus einem Geißel dieser Wahlverwandtschaft heraus Herrn Bruhn die nationale Tendenz seines Vorverurteilens zu restieren. Und als gar aus dunk-

len Tiefen ein anderer Zeuge auftauchte, auf seinen Eid nehmend, daß ohne a bissel Pikanterie ein Wochenblatt mit nationaler Tendenz nicht bestehen könne, da hatte man ein glorreiches Konfessionarium deutscher und nationaler Größen beisammen.

Aber die ganze Angelegenheit hat eine Bedeutung, die weit über den fauligen Dunstkreis des Herrn Bruhn und der Seinen hinausgeht. Nicht ungeschickt spitzte die Verteidigung des Herrn Bruhn ihre Abwehr auf die Tatsache zu, daß alle Zeitungen auf Leute, die einen gewaltigen Bogen für Inserate abblühen, zarteste Rücksicht nähmen. Und in der Tat durfte sie sich dabei auf eine gemichtige Aussage stützen, die der Inzeratenchef der „Vossischen Zeitung“ als Sachverständiger mit kühler Gelassenheit abgegeben hatte: daß es wirklich in der Presse ein Brauch von alters her sei, Großinzeraten mit Angriffen zu verschonen! Und wenn auch die „Vossische Zeitung“, deren Mitbestiger Leising von jenem großen Gotthold Ephraim abstammt, der ein grimmer Hasser jeder Korruption und Unsauberkeit gewesen, wenn auch die „Vossische Zeitung“ ihren eigenen Kuli desavouierte und auch die „Frankfurter Zeitung“ mit einer schier verdächtigen Eile von dieser Aussage abrückte, so heißt es doch: das Wort sie sollen lassen stahn! Denn die letzten Jahrzehnte haben innerhalb und außerhalb der Gerichtssäle genug Enthüllungen gebracht, die zeigten, wie mit dem Inzeratenwesen der Wurm der Fäulnis in dem Holz der bürgerlichen Presse sitzt. In seiner Barmer Rede am 20. September 1863 hat Ferdinand Lassalle in ewig denkwürdigen Worten darauf hingewiesen, wie die Gewohnheit der bezahlten Anzeigen eine tiefe Umwandlung im Zeitungswesen hervorgerufen habe.

Es zeigte sich, daß diese Annoncen ein sehr ergiebiges Mittel seien, um Reichtümer zusammenzuschlagen, um immonse jährliche Revenuen aus den Zeitungen zu schöpfen. Von Stund' an wurde eine Zeitung eine äußerst lukrative Spekulation für einen kapitalbegabten oder auch für einen kapitalhungrigen Verleger. Von Stund' an also wurden die Zeitungen, immer unter Weibhaltung des Scheins, Vorkämpfer für geistige Interessen zu sein, aus Bildnern und Lehrern des Volks zu schönen Augenidolern der gelbbestehenden und absonnierenden Bourgeoisie und ihres Geschmacks, die einen Zeitungen gefesselt durch den Abonnementkreis, den sie bereits haben, die andern durch den, den sie zu erwerben hoffen, beide immer in Hinficht auf den eigentlichen goldenen Boden des Geschäfts, die Inzerate. Von Stund' an wurden also die Zeitungen nicht nur zu einem ganz gemeinen, ordinären Geldgeschäfte, wie jedes andere auch, sondern zu einem viel schlimmern, zu einem durch und durch heuchlerischen Geschäft, welches unter dem Scheine des Kampfes für große Ideen und für das Volk betrieben wird.

Wie viel mehr gilt das heute, wo in der sogenannten unparteiischen Presse ganze große Inzeratenplantagen entstanden sind, bei denen der redaktionelle Teil nur ein Anlockungsmittel für die Leser der Annoncen ist, ganz zu schweigen von den unmittelbaren Schmiergeldern, die auch der „anständigen“ bürgerlichen Presse schon zugeslossen sind und der moralischen Verumpfung, die dazu gehört, die Sozialdemokratie mit den Mitteln zu bekämpfen, wie es eine gewisse reaktionäre Presse jetzt im Zusammenhang mit Moabit tut. Alle diese Blätter sitzen nicht gar zu fern von dem Bänkchen, auf dem Wilhelm Bruhn sitzt, und es ändert nichts daran, wenn sie jetzt mit dem Geschrei der moralischen Entrüstung über ihn herfallen.

Sondern es beweist höchstens, daß man immer noch die kleinen Schelme hängt und die großen laufen läßt.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Bundesratsauschuß für auswärtige Angelegenheiten.

Vor einigen Tagen hatte die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ mitgeteilt, daß kurz vor Zusammentritt des Reichstages der Bundesratsauschuß für auswärtige Angelegenheiten zu einer Sitzung zusammentreten wird, in der der Reichskanzler ein Exposé über den Stand unserer auswärtigen Angelegenheiten geben wird. Die bürgerliche Presse hat auf die Tatsache, daß dieser Auschuß tagt, ein ganz besonderes Gewicht gelegt, und neuestens wieder betont, daß auch der sächsische Ministerpräsident persönlich an dieser Sitzung teilnehmen wird.

Um übertriebenen Vorstellungen entgegenzutreten, muß doch darauf hingewiesen werden, daß dieser Bundesratsauschuß nichts anderes als eine leere Dekoration ist. Den Vorsitz in diesem Auschuß führt Bagern. Lange Jahre hat man von diesem Auschuß überhaupt nichts gehört, und daß er einen Einfluß auf unsere auswärtige Politik haben kann, ist vollständig ausgeschlossen. Erst, als in den Novembertagen des Jahres 1908 des persönlichen Regiments halber die Wogen ganz besonders hoch gingen, hat der damalige Reichskanzler Fürst Bülow

diesen Auschuß wieder zu einer Sitzung einberufen. Man hat nichts davon gehört, daß er seitdem wieder einmal versammelt gewesen wäre. In der Sitzung, zu der er nunmehr einberufen wird, wird der Reichskanzler eine seiner mehr oder weniger unklaren Reden halten, der Vorsitzende spricht ihm den Dank für seine umfassende Tätigkeit aus, und damit ist die Geschichte zu Ende.

Die Regierung und die Finanzreform.

Konservative und Nationalliberale bekräftigen die Regierung, um amtliche Hilfe bei der Verteilung der Haltung dieser Parteien zur Finanzreform. Sie mehr sich zeigt, daß die 500 Millionen neuen Steuern bei allen Wahlen bestimmend mitwirken, um so dringender wird der Ruf nach amtlicher „Entlastung“ der bürgerlichen Parteien. Die offiziösen „Berl. Polkt. Nachr.“ bringen nun die folgende Antwort der Regierung:

„Nachdem von den Mehrheitsparteien die Regierung immer wieder dringend aufgefordert worden ist, aufzuklären in bezug auf die Reichsfinanzreform zu wirken und den unbegründeten Vorwürfen gegen diese Mehrheit entgegenzutreten, erhebt sich nun auch von liberaler Seite die Forderung, daß die Regierung auch den Gründen, die die Liberalen zur Ablehnung der Reichsfinanzreform bewegen haben, gerecht werden und ihnen gewisse Anerkennung zuteil werden lassen möchte. Könnte schon den Wünschen der Mehrheitsparteien nur bedingungsweise und mit beträchtlichen Einschränkungen entsprochen werden, so schießt diese liberale Forderung offensichtlich weit über das Ziel hinaus. Die Einschränkung der Anerkennung für die Reichsfinanzreform besteht nicht, man auch keineswegs darin, so doch zu einem guten Teile auf die Ablehnung der Erbschaftsteuer. In der Kritik dieser Stellungnahme der Mehrheit des Reichstages liegt naturgemäß zugleich die Würdigung der Zustimmung der Liberalen zu dem betreffenden Teile des Regierungsprogramms. Nachdem aber die verbündeten Regierungen trotz erheblicher Einzelbedenken gegen die jetzige Gestalt der Reichsfinanzreform sich zur Zustimmung zu derselben aus dem Grunde entschlossen hatten, weil die Lebensinteressen des Reichs die unverzügliche Beseitigung der Finanznot erzielten und demgegenüber eine in manchen Punkten unvollkommene Reichsfinanzreform immer noch das kleinere Übel gegenüber dem Scheitern des ganzen Planes war, so würde die Regierung sich mit sich selbst in direkten und unlöslichen Widerspruch setzen, wenn sie jetzt in der Stellungnahme derjenigen Parteien, die die Reichsfinanzreform trotz der dringenden Notwendigkeit der Sanierung der Reichsfinanzen wegen einzelnen Bedenken ablehnten, eine auch nur bedingte Anerkennung zollen wollte. Das ist ein durchaus unberechtigtes Verlangen, dem deshalb auch die Erfüllung wird verweigert bleiben müssen.“

Auch ein Richter!

Der antisemitische Reichstagsabgeordnete Kölle, in seinem Privatberufe Amtsgerichtsrat, wurde von dem Disziplinarhof des Oberlandesgerichts Celle zu Strafe verurteilt und, 500 Mk. Geldstrafe verurteilt. Das Vergehen, dessen Kölle angeklagt war, liegt längere Zeit zurück. In einem Preßprozeß, in dem er den Vorsitz führte, wurde er von dem Kläger als befangen abgelehnt. Kölle erklärte sich aber für nicht befangen und sprach den Redakteur der ihm nahe stehenden Harzzeitung frei, während die Strafkammer in Göttingen später gegen den Redakteur auf drei Monate Gefängnis erkannte. Kölle wurde wegen dieser Angelegenheit vor den Disziplinarhof in Celle geladen, der das genannte Urteil fällte. Der Wahrheit Bruhn hat in Kölle einen würdigen Parteigenossen und Parlamentskollegen.

Der Gendarm gegen die Kontraktbrüchigen.

Die ostpreussische Landwirtschaftskammer fordert strengeres Vorgehen gegen die „Kontraktbrüchigen“. In einer Sitzung wurde von den Agrariern über die geringe Unterstützung geklagt, die ihnen von den Ortspolizeibehörden bei Kontraktbrüchen gewährt wurde. Man meinte, es sei unbedingt erforderlich, die Instruktion der Gendarmen wenigstens dahin abzuändern, daß diese auch über ihren Patrouillenbezirk hinaus kontraktbrüchigen Arbeitern nachzugehen und sie festzustellen haben. Auch gegen die Arbeitgeber, die kontraktbrüchige Arbeiter aufnehmen, müsse rücksichtslos vorgegangen werden. Bezeichnend ist, daß der Leiter des Arbeitsamtes der Landwirtschaftskammer, ein Gutsbesitzer, eingestehen mußte, daß vielfach Beschwerden von Arbeitern, namentlich von russischen, gegen ihre Arbeitgeber vorgekommen seien und leider nicht immer ohne Erfolg.

Handwerkmeister und Zollpolitik.

In einer vom Verein selbständiger Schuhmacher in Köln veranstalteten öffentlichen Schuhmachermeister-Versammlung nahm man einstimmig eine Resolution an, in der die Versammelten erklärten, daß sie in der bisherigen Zollpolitik des Deutschen Reiches eine schwere materielle Schädigung der kleinen Existenzen erblickten. Der geltende Zolltarif belaste durch die Zölle auf Rohhäute und Lederwaren das Schuhmachergewerbe enorm. „Die Versammelten erklärten,“ so schließt die Resolution, „bei den nächsten Reichstagswahlen nur diejenige Partei zu unterstützen, die gegen jegliche weitere Belastung des arbeitenden Volkes energisch protestiert und zu keiner Steuer ihrer Zustimmung erteilt, die wie immer, in erster Linie die Besitzlosen trifft.“

Dann müssen sie den Sozialdemokraten wählen.

Eine neue Glanznummer der Berliner Polizei.

Die politischen Ausweisungen scheinen wieder einen größeren Umfang anzunehmen und in einer Weise vorgenommen zu werden, die an die bösesten Zeiten dieser preussischen Kulturitätigkeit erinnern. So wurde am Dienstag bei einem russischen Parteigenossen in Berlin gehäusucht (vier Mann hoch!) und nach wenigen Stunden erhielt er die Ausweisung mit der brutalen Ordre, binnen 24 Stunden Preußen zu verlassen. Sein ganzes Verbrechen bestand darin, daß er neulich bespizelt wurde, wie er mit einem Berliner Parteigenossen eine Viertelstunde auf der Straße plauderte. Der russische Genosse lebt seit vier Jahren ruhig in Berlin, hat sich recht und schlecht durchgeschlagen, und selbst die Polizei hat ihm nichts irgendwie Belastendes weiter nachtragen können. Dieser Mann muß binnen 24 Stunden Wohnung, Arbeitsmöglichkeit und alles verlassen, was er in vierjähriger ernster Arbeit in Berlin sich geschaffen hat. Das ist die preussische Kultur, die in der Welt voran ist!

Ein kolonialer Beleidigungsprozeß.

Bei dem der frühere Staatssekretär Dernburg als Zeuge zu erscheinen hat, wird demnächst die Berliner Gerichte beschäftigen. Es handelt sich um einen Nachklang zum Diamantenstreite. Dernburg hat in der Budgetkommission über Lüderitzbuchter Diamantinteressenten scharfe Worte gesprochen, unter anderem auch gegen den Hauptmann a. D. Weiß. Da den Staatssekretär die Immunität schützt, so hat Hauptmann a. D. Weiß gegen den Rechtsanwalt Rhode und Verlagsbuchhändler Wohsen, die Dernburg jene Unterlagen geliefert haben sollten, Beleidigungsklage erhoben.

Die Agrarier drohen.

Die Mitteilung, daß die französische Grenze für die Einfuhr von Schlachtvieh nach den Reichslanden und nach Baden geöffnet wird, veranlaßt die „Deutsche Tagesztg.“ zu folgenden Bemerkungen:

„Die Maßregel der badischen Regierung ist also unnötig, voraussichtlich unwirksam und jedenfalls für den heimischen Viehbestand bedrohlich. Wie konnte der genügend bekannte Minister Freiherr v. Bobmann die Maßregel anregen? Wie konnte ihr der Reichskanzler zustimmen?“

Folgen der Zündholzsteuer.

Im Geschäftsbericht des Vorsteheramts der Danziger Kaufmannschaft wird mitgeteilt, daß die Danziger Zündholzfabrik den Betrieb bis zur Hälfte der Leistungsfähigkeit eingeschränkt hat; ein großer Teil alter Arbeiter ist entlassen worden. In beteiligten Kreisen wird angenommen, daß die Zündholzindustrie einer noch viel traurigeren Zeit entgegengeht.

Gegen die nationale Sammlung.

Im Wahlkreise Wittenberg-Schweinitz, den der Syndikus Dove im Reichstage vertritt, hielt dieser Lage der freisinnige Bezirkssekretär Schmilgin aus Halle a. S. eine Rede, in der er ausführte, daß die liberale Partei eine Regierungs- und Volkspartei zugleich sei. Sie gleiche einem starken Damme gegen die rote Flut. Im Falle einer Stichwahl zwischen Konservativen und Sozialdemokraten sollten jedoch die Freisinnigen ihre Stimme dem Sozialdemokraten geben. Der liberale Kreisverein würde öffentlich für die Wahl des Sozialdemokraten eintreten. — Allerdings liegen in dem Wahlkreise die Dinge so, daß die Freisinnigen, die 1907 nur mit Hilfe der Sozialdemokratie siegten, auch diesmal wieder in die Stichwahl zu gelangen hoffen und mit solchen radikalen Reden die sozialdemokratischen Stimmen abermals zu erwerben gedenken. Syndikus Dove wurde wieder als freisinniger Kandidat nominiert.

Ein nationalliberaler Wahlrechtsfeind.

Eine Forderung an die nationalliberale Partei überreicht der Professor Sunkel-Kassel einen Artikel, den er im „Tag“ veröffentlicht, und der von der nationalliberalen Partei verlangt, daß sie endlich einmal offen gegen das Reichstagswahlrecht vorgehen solle. Ihm schwebt als Ersatz des Reichstagswahlrechts ein Pluralwahlrecht vor, das in der Weise gegliedert sein will, daß dem Alter und der Weisheit je eine Anzahlstimme einzuräumen sei. Wenn Bassermann in Kassel gesagt habe: „Wer das Reichstagswahlrecht angreife, der stelle sich damit außerhalb der nationalliberalen Partei,“ so könne das nur so anzufassen sein:

„Außerhalb des geschriebenen Programms vielleicht, außerhalb der veramteten Grundzüge dieser Partei gewiß nicht. Eine Partei kann aber nichts Besseres tun — der spätere Erfolg wird an ihrer Seite sein — als daß sie ohne Rücksicht auf jeweilige Taktik mit Bestimmtheit und Tapferkeit ihre inneren Grundzüge enthüllt und verteidigt.“

Professor Sunkel muß seine Parteiliebe doch ganz sehr kennen, wenn er behaupten kann, daß die Gegnerschaft gegen das Reichstagswahlrecht zu den inneren Grundzügen der Nationalliberalen gehört. Man muß nun abwarten, ob die Nationalliberalen wirklich den Mut haben, den Professor Sunkel als außerhalb der Partei festzuhalten.

Lehrer als konservative Agitatoren.

In Rastenburg erschien in einer amtlichen Kreislehrerkonferenz, nach einer Meldung der „Berliner Volkszeitung“ ganz unerwartet auch der Landrat von Schmiedefeld. In Gegenwart der beiden Regierungskommissare richtete er an die Lehrer die Aufforderung, für die Verbreitung des konservativen „Volksfreundes“ Sorge zu tragen. Der Landrat behauerte noch, daß sich bisher nur wenige Lehrer an der Bekämpfung der Sozialdemokratie beteiligt haben und teilte dann den Lehrern ganz kurz mit, daß ihnen das Blättchen, das sie zu verbreiten haben, demnächst vom Verlage zugesandt werden soll. — Leider wird nicht berichtet, ob denn keiner der Lehrer den Mut gefunden hat, diese unerhörte Zumutung des Landrats zurückzuweisen.

Aus der Justizkommission.

Mit der Jugendgerichtsbarkeit beschäftigte sich die Justizkommission in zweiter Lesung der St.-P.-O. bei den §§ 364 bis 376.

Von unseren Genossen wurde der in erster Lesung abgelehnte Antrag wieder aufgenommen, der an Stelle der Staatsanwaltschaft der Vormundschaftsbehörde das Recht der Entscheidung darüber, ob gegen einen Jugendlichen ein gerichtliches Verfahren eingeleitet werden soll, geben wollte. Leider wurde dieser Antrag, der von prinzipieller Bedeutung für das ganze Jugendgerichtsverfahren ist, wiederum abgelehnt. Ebenso lehnte die Kommissionsmehrheit einen weiteren Antrag unserer Genossen ab, der den Jugendlichen in größerem Umfang vor den augenblicklichen und späteren üblen Folgen der Untersuchungshaft in körperlicher, geistiger und sittlicher Beziehung zu bewahren und schützen bezweckte.

Dagegen brachte die Kommissionsmehrheit dadurch eine Verschlechterung in das Gesetz gegenüber den Beschlüssen erster Lesung hinein, als sie die Bestimmung strich, daß dem Jugendlichen auch beim Amtsgerichtsverfahren wegen Beleidigung oder Körperverletzung ein Verteidiger zu stellen ist.

Zu längeren Debatten führte die Bestimmung über das Schulalter der Jugendlichen, gegen welche die Einleitung eines Verfahrens unter Umständen unterbleiben oder das Verfahren eingestellt werden kann, wenn der Jugendliche das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet hat. Die Kommissionsmehrheit setzte in der ersten Lesung diese Schutzgrenze auf das sechzehnte Lebensjahr herunter. Das verurteilte in den an der Jugendgerichtsbarkeit und der Jugendfrage interessierten Kreise die lebhaftesten Proteste, denen die Kommission dadurch gerecht wurde, daß sie das Schulalter entsprechend einem Antrage unserer Genossen und der Nationalliberalen wieder bis zum vollendeten 18. Lebensjahr ausdehnte.

Ein Antrag Groeber, für die Jugendgerichtsbarkeit das bedingte Strafverfahren einzuführen, wurde abgelehnt.

Die übrigen Bestimmungen wurden dann ohne erhebliche Änderungen angenommen.

Begreiflicher Sammeleifer des Zentrums.

Das Zentrum redet bekanntlich sehr lebhaft einer Sammlung der bürgerlichen Parteien bei den nächsten Reichstagswahlen das Wort. Dieser Eifer wird verständlich, wenn man sich die Hoffnungen vergegenwärtigt, mit denen das Zentrum den kommenden Reichstagswahlen entgegensteht. In einer Reihe Artikel hat die „Kölnische Volkszeitung“ die Wahlkreise aufgezählt, die für das Zentrum sicher sind und in denen es mehr oder weniger gute Aussichten auf Erfolg zu haben glaubt. Die Zukunftsberechnung schließt das Zentrum mit folgenden Sätzen:

„Bedenkt man, daß in 124 von den 397 Reichstagswahlkreisen schon Zentrumsabgeordnete durchdrangen und daß in weiteren 31 Wahlkreisen das Zentrum wenigstens schon in die Stichwahl kam, so zählt man im ganzen 155 Wahlkreise, in denen das Zentrum bei den nächsten Wahlen entweder durchdringen wird oder mit ziemlicher Sicherheit ein bedeutendes Wort im Endkampfe mitsprechen kann. Gerade durch die letztere Möglichkeit wird es in den Stand gesetzt werden, mit anderen Parteien Abereinkommen auf gegenseitige Unterstützung zu treffen, die allerdings nur auf dem Boden vollkommener Gleichberechtigung zu erfolgen hätte. Dadurch könnte es dem Zentrum vielleicht gelingen, nicht nur allen Besitz wieder zurückzuerobern, sondern auch in solchen Kreisen, in denen es bisher nicht gelingen wollte, seinen Kandidaten durchzubringen, einmal den Sieg an die bewährte und erprobte Fahne des Zentrums zu heften.“

Der unbotmäßige Reichskanzler.

Es ist unerhört! Der Reichskanzler, dieser Bethmann-Hollweg, hat es gewagt, seinen agrarischen Auftraggebern die Zähne zu zeigen. Er hat der badischen Regierung erlaubt, französisches Schlachtvieh nach Karlsruhe, Mannheim und Heidelberg einzuführen. Freilich handelt es sich nur um wöchentlich 400 Rinder und ebensoviele Schweine nach Karlsruhe und Mannheim und um 50 Rinder und 100 Schweine nach Heidelberg. Man kann sich denken, daß die „Deutsche Tagesztg.“ die diese ungeheuerliche Nachricht anfangs gar nicht glauben wollte, wie ein Eberschämm und den Reichskanzler zur sofortigen Rechtfertigung auffordert. „Die Reichsregierung wird angefordert dieses Sachverhalts nicht umhin können, sich darüber zu äußern, was sie veranlaßt hat, der badischen Anregung zuzustimmen“, heißt es im Fettdruck, und der Unglücksmanisch Bethmann weiß nun, woran er ist. Die künstliche Aushungierung des deutschen Volkes durch die Sunker muß „lückenlos“ garantiert werden, und wenn irgendwo auch nur das kleinste Loch ist, durch das ein paar Rinder und Schweine hindurchgetrieben werden können, so ist das Vaterland — will sagen der agrarische Geldbeutel in Gefahr.

Selbstredend ist die badische Maßregel absolut unzureichend und die Masse der Konsumenten verlangt mit allem Recht und mit allem Nachdruck die Öffnung aller Grenzen, nicht bloß die der französischen Grenze. Da der Reichskanzler aber einmal die französische Grenze geöffnet hat, so hat er sein eigenes Prinzip durchbrochen, nach dem die Einfuhr von Weidviehern und Schweinen aus Ita-

lien, Frankreich, England, Belgien, Holland, Schweden und Norwegen, Rumänien, Serbien und Bulgarien glatt verboten ist. Aus Rußland dürfen wöchentlich 2500 Schweine, aber keine Rinder, in sechs oberchlesische Industriegebiete eingeführt werden, aus denen jedoch Fleisch außerhalb des Industriebezirks nicht abgegeben werden darf. Für Österreich-Ungarn, Dänemark, die Schweiz und Amerika bestehen entweder totale Verbote einer bestimmten Tierart, oder so vegetarische Vorschriften, daß die Einfuhrerlaubnis lediglich auf dem Papier stehen bleibt. Der durch diese Vorschriften staatlich organisierte Fleischwucher hat eine derartige Empörung erregt, daß schon vor Monaten die Regierungen der Einzelstaaten sich nur mit dem verlegenen Schwaghelfen konnten, die Fleischnot sei eine vorübergehende Erscheinung, in wenigen Wochen würden die Preise wieder ihre normale Höhe erreicht haben. Das war Ende Juli. Jetzt schreiben wir November und die Fleischpreise sinken nicht, sie steigen immer noch. Der teilweise enorme Rückgang der Viehschlachtungen im dritten Vierteljahr 1910 ergibt sich aus folgenden amtlichen Angaben der Schlachtvieh- und Fleischschau:

Es sind an Rindvieh geschaut 74 884 (im 3. Quartal 1909 79 384) Ochsen, 81 296 (89 039) Bullen, 278 114 (278 724), Kühe und Jungkühe über drei Monate 146 441 (178 824), zusammen also 675 687 Stück gegen 621 081 im Vorjahre, mithin jetzt 45 844 oder 7,3 v. H. weniger. Daß die Kühe (nicht Jungkühe) am Rückgange verhältnismäßig ganz gering beteiligt sind, läßt darauf schließen, daß sich die Landwirtschaft von ihren alten Mistkäufen befreit und sich damit die erleichterte Aufsicht zunutze macht, ein Umstand, der auf die Qualität des zum Verkauf gestellten Fleisches ganz gewiß von nachteiligem Einfluß gewesen sein wird. Rälber sind nur 52 575 2 geschaut gegen 66 571 3 im Vorjahre, also jetzt 13 996 1 oder 21 vom Hundert weniger. Die Zahl der geschauten Schweine ist von 2 184 297 auf 2 441 804, d. i. um 256 627 oder 8,8 vom Hundert gestiegen. Einschließlich der Hauschlachtungen ergibt sich nach der Trichinenschau eine Zunahme von 2 190 218 auf 2 406 757, also um 216 546 Stück. Schafe sind 568 474 (im Vorjahre 575 761), Ziegen 25 515 (26 917), Pferde und andere Einhufer 20 174 (20 982) geschaut; also überall zeigt sich eine Abnahme. Nur die Zahl der geschauten Hunde ist von 385 auf 485 gestiegen.

Und dieser so raffiniert herbeigeführten Katastrophe glaubt die Regierung mit der Einfuhr von ein paar armen französischen Rindern und Schweinen abhelfen zu können. Jetzt erst recht, wo der Reichskanzler selber durch Öffnung der französischen Grenze anerkannt hat, daß die Viehsperre nicht durch sachliche Momente zu rechtfertigen ist, muß der Ruf ertönen: Grenzen auf!

Der aufgekaufte Korfanty.

Der nationalpolnische Streit zwischen Napieralski und Korfanty ist beendet; Napieralski hat die Sache sehr einfach gemacht, er hat einfach den Verlag des Korfantschen „Polak“ gekauft und mit seinem Verlag des „Katholik“ verschmolzen. Korfanty tritt gegen ein Monatsgehalt von 500 Mk. bei seinem ehemaligen Gegner als Chefredakteur ein; so ist beiden geholfen. Auf politische Überzeugung kommt es ja weiter nicht an.

Zur Fleischzufuhr in Baden

Die Entschliebung Elsaß-Lothringens wegen Erteilung der Durchfuhr-Erlaubnis noch nicht erfolgt, dagegen hat die badische Regierung jetzt angeordnet, daß das französische Schlachtvieh trotzdem eingeführt wird, aber Elsaß-Lothringen umgangen werden soll. Das französische Vieh soll über den badischen Bahnhof bei Basel zugelassen werden.

Frankreich.

Ein Pyrrhussieg. Die Debatte über die Politik der Regierung wurde gestern fortgesetzt. Nach längeren Auseinandersetzungen wurde eine Tagesordnung angenommen, in welcher der Regierung Vertrauen ausgesprochen wird. Die Annahme dieser Tagesordnung erfolgte mit 296 gegen 209 Stimmen. Briand kann mit diesem „Erfolg“ gewiß nicht zufrieden sein.

Belgien.

Eine Massenkundgebung der Sozialdemokratie. Die Kundgebung gegen die klerikale Herrschaft und die Infamie des Pluralwahlrechts, die die belgische Sozialdemokratie an dem Tage der Parlamentseröffnung veranstaltet hat, ist glänzend gelungen und hat tiefen Eindruck hervorgerufen. In vielen Tausenden hatten sich die Massen im und vor dem Volkshause versammelt und zogen von da aus unter Singen von Freiheitsliedern durch die Stadt. Von Zeit zu Zeit wurde der Gesang unterbrochen durch stürmische Hochrufe auf das gleiche Wahlrecht oder Rufen nach Auflösung der Kammer. Im Zuge wurden zahlreiche Fahnen und Standarten getragen, deren Aufschriften die Beseitigung des Pluralwahlrechts und Ausgestaltung der Sozialreform forderten. Vor der Kathedrale wurden stürmische Rufe gegen den Klerikalismus laut und eine Menge Flugblätter wurden unter die Menge geworfen. Alle Straßen, die zur Kammer und zum Königspalast führen, waren mit berittener Gendarmerie abgesperrt, so daß die Menge nur auf Umwegen vorwärts kommen konnte. Der Weg, den der König vom Schloß zur Kammer nimmt, war von einem Spalier der Bürgergarde eingekäumt. Dahinter stauten sich die Massen. Jetzt kommen die königlichen Wagenschwache Hochrufe werden hier und da laut. Da plötzlich erschallen brausend, alles überhörend, die Hochrufe auf das gleiche Wahlrecht, die Rufe: Auflösung, Auflösung! In einem Nu ist der königliche Wagen weiß von den Flugzetteln, die aus der Menge geworfen werden. Und nochmals, bei der Rückfahrt des Königs wiederholt sich die mächtige Kundgebung. In der Kammer selbst manifestierten die sozialdemokratischen Abgeordneten. Auch im Saale werden die kleinen Papierzetteln mit den Worten: „Hoch das gleiche Wahlrecht“

6. Internationaler Metallarbeiter-Kongress.

Sitzung vom 2. November. Der Kongress wählt zunächst dem Vorschlage des Sekretärs entsprechend eine Revisionskommission aus Beer-Osterreich, F. Griffiths-England und Lefevre-Frankreich und tritt dann in die Beratung des Antrages auf Schaffung eines Gegenseitigkeitsverhältnisses ein. Hierzu liegt ein ausführlicher Antrag des Sekretärs vor. Dieser Antrag soll regeln:

1. Die Auskunftserteilung durch Verpflichtung der Bundesvereine zu derselben, oder, wenn eine solche nicht möglich, zur Mitteilung darüber.
2. Kostenlosen Übertritt von der Organisation eines Landes zu der eines anderen Landes bei Aufenthalt im Ausland.
3. Regelung etwaiger Hilfsaktionen bei Streiks und Ausprägungen.

Der erste Satz des Vorschlages spricht eine Selbstverständlichkeit aus und ist nur eine Mahnung an die verschiedenen Landesorganisationen, nichtsfertigerer entspinnt sich aber eine lebhafteste Debatte über diesen Punkt der Tagesordnung.

Willinson (vereinte Werkzeugmacher - England) wünscht, daß der Bundessekretär die Adressen aller angeschlossenen Vereine veröffentlicht, damit sie sich in den verschiedenen Ländern informieren können. Vor jedem Kongress soll der Sekretär den angeschlossenen Vereinen eine Liste der gestellten Anfragen und der Namen der befragten Vereine zustellen, damit den Kongreßteilnehmern eine Kontrolle zuteil.

Cohen-Berlin erklärt sich damit einverstanden, daß die Vereine der verschiedenen Länder direkt miteinander korrespondieren, was denn aber einen recht sel. sei dem andern billig. Wollen die Engländer mit andern Organisationen verkehren, so müssen die andern sich auch ohne Vermittlung des Kameraden Hobson in Verbindung setzen dürfen.

Taylor (Maschinenbauer)-England stellt fest, daß Wilkinson nur im eigenen, nicht aber im Namen der britischen Abteilung gesprochen habe. Die britische Abteilung in ihrer Mehrheit wüßte am bisherigen Zustand festzuhalten.

Davis (Messingarbeiter)-England ist derselben Meinung und begründet dies mit der Rückständigkeit der vielen kleinen englischen Verbände, die von der Existenz des internationalen Metallarbeiter-Bundes gar keine und von den inneren englischen Verhältnissen nicht genügende Kenntnis haben.

Beer (Metallarbeiter)-Osterreich führt die Schwierigkeit, mit England zu verkehren, darauf zurück, daß ihnen die Person des Sekretärs zu fern steht und dieser nicht genügend Einblick in die speziellen Verhältnisse durch den britischen Verkehr erhalten kann. Er schlägt vor, daß der internationale Sekretär gemeinsam mit dem Sekretär der britischen Abteilung eine Reise durch England unternimmt.

Schlicke (bisher Sekretär) - Stuttgart: Der indirekte Verkehr kommt nur für England in Betracht. Für die meisten Fälle ist er genügend. Bezüglich der Informationsreisen habe nach dem Statut der Bundessekretär das Recht, Informationsreisen vorzunehmen. (Zustimmung.) In diesem Falle werde er sich natürlich mit dem Zentralkomitee zu verständigen haben. (Zustimmung.)

Hobson (britischer Sekretär) - England, weist nochmals auf die Schwierigkeiten des direkten Verkehrs hin, das bisherige Verfahren habe Mängel nicht gezeitigt. Besonders scheine die Vermittlung des Sekretärs der britischen Abteilung für Auskünfte über kollektive Arbeitsverträge unerlässlich. Nachdem der Vorsitzende Reichel-Stuttgart die Übereinstimmung des Kongresses mit den Ausführungen Schlickes ohne Widerspruch festgestellt hat, ist damit der Gegenstand erledigt und verhandelt der Kongress über Übertritte der Mitglieder von einer Organisation zur andern. In diesem Punkt liegt noch ein Antrag der belgischen

Metallarbeiter vor, der die Unterstützung an ausländische Organisationen davon abhängig machen will, daß die Organisation der das Mitglied angehörte, die ausgezahlten Unterstützungsbeiträge an die in Betracht kommende Landesorganisation zurückerstattet.

Sola u (Metallarbeiter) - Belgien begründet den Antrag mit dem starken Zuweg deutscher, österreichischer und schweizerischer Arbeiter, die den Belgiern große Aufwendungen auferlegen, ohne sich dem belgischen Metallarbeiter-Verband anzuschließen.

Malasitsch (Metallarbeiter) - Ungarn bespricht einige Erfahrungen, die er mit dem italienischen Verband gehabt und meint, daß, wenn solche Beschlüsse gefaßt werden, sie auch durchgeführt werden müssen.

Der Vorsitzende Reichel stellt fest, daß nach dem Vorschlage des Sekretärs Unterstützungen generell nicht zugesichert werden, sondern den einzelnen Organisationen überlassen bleiben sollte.

Saube (Kupferschmied) - Deutschland findet das Verhalten der Engländer unverständlich und weist aus der Praxis die Notwendigkeit solcher Vereinbarungen nach.

Willinson (Maschinenbauer) - England: Die englischen Gewerkschaften können wohl eine moralische Zugehörigkeit anerkennen, eine Aufnahme kann aber nicht erfolgen, weil dies die Statuten nicht gestatten. Der Übertritt ist an verschiedene Voraussetzungen gebunden. Es können nur Engländer für einen Übertritt in Frage kommen, und müssen diese sich auch zur Achtung der Vorträge verpflichten.

Schlicke (Sekretär) - Stuttgart: Seit Jahren beschäftigt diese Frage unsern internationalen Kongress, ohne jedoch vorwärts gekommen zu sein. Der Brüsseler Kongress hat die Richtlinien in dieser Frage festgelegt und zwar im Einverständnis auch der Engländer. Diese haben sich an der Diskussion zwar nicht beteiligt, aber für die Entscheidung gestimmt. Heute bringen sie Einwände, die sie in Brüssel hätten machen oder dem Sekretär auf seine Vorschläge mitteilen sollen. Sie erklären ihre Sympathie mit dem Vorschlage, seine praktische Durchführung aber für unmöglich, sie verlieren den kontinentalen Arbeitern ihre Freundschaft, sagen aber gleichzeitig, bleibt mir zehn Schritt vom Leibe. Eine derartige Haltung verstehen die kontinentalen Arbeiter nicht, sie müssen vielmehr dieses Verhalten als Herumführen an der Nase betrachten. (Widerpruch bei den Engländern.) Wenn man die Kürze der Zeit als Grund für die ablehnende Haltung anführe, sei das nur eine Ausrede. Seit drei Jahren sei die Sache im Fluß, vor etwa 1/4 Jahren habe er ihnen erneut Vorschläge gestellt und heute wolle man wieder vorlegen. Das ganze Verhalten der Engländer läme darauf hinaus, die Sache auf die lange Bank zu schieben. Man wolle die ausländischen Arbeiter nicht, man umgebe sich mit einer chinesischen Mauer, schaffe Verbindungsbestimmungen, um die ausländischen Arbeiter fernzuhalten. (Widerpruch bei den Engländern.) Das sei verfehlt. Die kontinentalen Arbeiter wollen nicht Sicherung der Unterstützungen, sondern in erster Linie Sicherung der Einheitlichkeit der Aktion. Jeder fremde Arbeiter sollte im Ausland in der fremden Organisation zu Hause sein und sich ihren Anforderungen und Vereinbarungen unterordnen. Zwingen man die ausländischen Arbeiter zu eignen Organisationen, wie es in Amerika geschehe, so gefährde man die Einheit der Aktion. Das mögen die englischen Kameraden bedenken und deswegen von ihrem Standpunkt zurückgehen. Nicht materielle Vorteile für das einzelne übertretende Mitglied, sondern ideale und moralische Werte für die Gesamtheit müssen bei Verhandlung der Frage in den Vordergrund treten. (Beifall bei den Delegierten des Kontinents.)

Stevens (Weißblecharbeiter) - England, stimmt nicht ganz mit Wilkinson überein. Seine Organisation habe schon mehrfach Mitglieder ausländischer Organisationen aufgenommen und damit sehr gute Erfahrungen gemacht. Man sollte dem gemachten Vorschlage näher treten und ihn an eine Unterkommision zur Prüfung überweisen.

Fones (Maschinenbauer) - England sympathisiert mit dem Vorschlage des Sekretärs, hält ihn aber für praktisch undurchführbar. Redner beklagt, daß auf dem Kontinent

Mitglieder seines Verbandes gezwungen werden sollten, dem inländischen Verein beizutreten. Das halte er für unzulässig. Die Verfassung der englischen Trade-Unions verbiete, die Ausländer günstiger zu behandeln, als die Inländer. Solche Verfassungen seien schon älteren Datums, haben sich eingelebt und seien ohne weiteres nicht zu ändern. Er kann sich mit dem Vorschlage auf Einsetzung einer Unterkommision nicht ganz einverstanden erklären, würde sich aber damit abfinden und einen solchen Vorschlag vertreten können, wenn die Kommission nur eine Prüfung des Vorschlages daraufhin vornehmen würde, ob die englischen Trade-Unions sich auf solches Verhältnis einlassen können.

Die Vormittagsitzung schließt damit, daß den Engländern auf Wunsch die Möglichkeit gegeben wird, in einer sofort abzuhaltenden Sitzung nochmals zu der Frage Stellung zu nehmen, um nachmittags ihre Stellung zu präzisieren. Das geschieht durch eine von dem Sekretär der britischen Abteilung Hobson abgegebene Erklärung, worin die Engländer nochmalige schriftliche Klarstellung der Vorschläge für das Gegenseitigkeitsverhältnis verlangen, sich dann bereit erklären, zu diesen Vorschlägen Stellung zu nehmen, um ihrerseits Vorschläge zu machen. Diese Vorschläge werden die Engländer ihren Mitgliedern unterbreiten und sie, soweit statutarische Bestimmungen dem nicht im Wege stehen, zu verwirklichen suchen. Begründet wird die Erklärung damit, daß die Zersplitterung der englischen Organisation, ihre Statuten und ihre Stellung der Mitglieder die Regelung der Materie als sehr schwierig erscheinen lasse. Offenbar sind auch die Ansichten der Vertreter der verschiedenen kontinentalen Organisationen in diesem Punkte nicht einig. - Von den deutschsprachigen Vertretern der kontinentalen Organisationen wird eine Begenerklärung durch Beer-Wien dahin abgegeben, daß sie mit dem Vorschlage der Engländer einverstanden seien, sofern die gemachten Vorschläge, sowie der vorliegende Vorschlag des Sekretärs von Vertretern der englischen Organisationen unter Zuziehung des Sekretärs und zweier Vertreter des Kontinents beraten werden und diese Beratungen im Frühjahr 1911 stattfinden.

In der Diskussion präzisieren noch Hausen-Kopenhagen und Merheim-Paris den Standpunkt der skandinavischen und französischen Arbeiter und stellen damit die volle Einmütigkeit der kontinentalen Arbeiter gegenüber der Auffassung der Engländer fest. Die Erklärung der Engländer wird mit großer Stimmenmehrheit unter den von den kontinentalen Vertretern gestellten Bedingungen angenommen. Bei der Wahl der Länder, die Vertreter zu der bevorstehenden Konferenz zu senden haben, entscheidet sich der Kongress für Dänemark und ein Land französischer Zunge. - Der 3. Vorschlag des Sekretärs, die Regelung etwaiger Hilfsaktionen bei Streiks, wird sehr schnell erledigt. Der Vertreter des schwedischen Verbandes, Blomberg, leitet die Diskussion mit einer Dankagung für die Unterstützung ein und weist darauf hin, daß diese Unterstützung dem schwedischen Verband seine Existenz gesichert und ihn gestärkt habe. Wäre die Unterstützung nicht erfolgt, so dürfte der Verband heute kaum mehr bestehen. Diese Ausführungen zeitigten großen Beifall auch bei den Engländern. Nach Jones-Jenkins (Maschinenbauer) haben die Maschinenbauer 6528 Mk. und nach Davis die Messingarbeiter 1428 Mk. den Schweden überwiesen und glauben damit ihre Schuldigkeit getan zu haben. Außerdem machten sie auch für den Generalstreik als Verbindungsmittel des Krieges Propaganda. Cohen-Berlin trat in entschiedener Weise der Auffassung der Engländer, als haben sie beim schwedischen Streik ihre Schuldigkeit getan, entgegen, und wies den Widerspruch in ihrer Haltung heute und damals nach. Wenn die schwedischen Arbeiter von den Sympathieerklärungen der Engländer leben und kämpfen können, würde man sich heute nicht mit dieser Frage beschäftigen brauchen. Da aber bei den Engländern Theorie und Praxis zweierlei sei, müsse leider auch bei dieser Gelegenheit wieder auf den Widerspruch hingewiesen und den Engländern gesagt werden, daß die Arbeiter des Kontinents auf Sympathieerklärungen, denen keine Taten folgen, verzichten (Beifall). Damit schließt die Debatte. Die Sache wird zur Beratung

Der Diamantenkoffer.

Erzählung aus Rußlands Revolutionstagen.
Von Friedrich Thiele.

7. Fortsetzung.

(Nachdruck verboten.)

Doch nein - die Blicke des Prokuristen nahmen mit einmal einen bedenklichen Ausdruck an, und er wandte die Augen von dem unvergleichlichen Panorama am Ufer ab. Wachte er denn, über welche Hilfsmittel etwaige Spitzhaken auch hier auf dem Meere verfügten? Konnten sie nicht mit der Mannschaft unter einer Decke stehen, und gab es auf einem Schiffe in den untersten Räumen nicht so viel Möglichkeiten des Verbergens, daß die Auffindung eines Gepäckstückes schwierig, ja vielleicht ganz unmöglich war? Außerdem hielt sich die Viktoria immer in ziemlicher Nähe des Ufers, wenigstens so nahe, daß jederzeit ein von ihr abstoßendes Boot leicht den Strand zu gewinnen vermochte. Daher keine Unachtsamkeit auch jetzt - eine seltsame Angst besaß ihn - er eilte, sich von dem Obersteward einige Reiselektüre zu kaufen, und kehrte dann ungesäumt in sein Domizil zurück.

Gott sei Dank - der Koffer stand noch unverfehrt an seinem Plage! Er ließ eine Flasche Wein kommen, setzte sich auf den Koffer und schaute rauchend und trinkend durchs Fenster auf die von einer leichten Nordbrise gekräuselten Fluten des Pontus Euginus. Das einzige Mißliche seines Unternehmens würde wohl, meinte er, in einer gehörigen Portion Langeweile bestehen. In der Tat verging ihm der Tag einträglich genug, und die halbe Stunde, während welcher er am Diner teilnahm, bildete die einzige Unterbrechung. Von diesem mochte er sich indessen nicht gleich das erstemal ausschließen, um nicht Mißtrauen zu erregen.

Bei dem Essen machte er die Bekanntschaft seines Tischnachbarn, eines großen, schlanken Herrn von hocharistokratischen Mäuren. Oberst Joanesco, so stellte er sich vor, besaß ein angenehmes Wesen und einen ebenso gewandten, als fesselnden Vortrag. Er verstand interessante Dinge zu erzählen. Auch er kam von Odessa und berichtete dem erstaunt lauschenden Buchhalter eine Menge Intimes, von denen dieser in seiner einsamen Schreibstube sich nichts hatte träumen lassen.

„Sie wöckten schon wieder aufbrechen?“ fragte der Oberst

übertracht, als Albert, nachdem er kaum den letzten Bissen hinuntergeschluckt hatte, aufstand.

„Ich - ich habe einiges zu tun.“

„So so - aber eine Tasse Kaffee werden Sie doch erst noch mit genießen?“

„Bedauere - ich trinke ihn später.“

„Schade - doch nicht etwa schon“ - der Oberst deutete lachend nach dem Fenster.

„Sekretär, meinen Sie? - So etwas ähnliches - ich bin nicht an das Seefahren gewöhnt.“

Der Oberst lachte und nickte dem sich Entfernenden freundlich zu. Auf dem Deck ging er eine Stunde später an Alshoff, der müßig an der Brüstung lehnte, vorüber.

„Ach, Sie gestatten mir wohl ein wenig Feuer“, redete er den mürrischen Gesellen an.

„Bitte“ - Alshoff reichte ihm mit gleichgültigem Blicke die Zigarre.

„Danke - prächtiges Wetter heute - sehen Sie nur, wie ruhig das Meer ist“ - und mit dem Zeigefinger auf das Meer deutend, setzte er hinzu: „Er scheint äußerst mißtrauisch.“

„Hat hoffentlich nicht Verdacht geschöpft?“

„Unmöglich - also größte Vorsicht - nichts ohne mich - bist du sein Nachbar oder der Wiener?“

„Ich -“

„Zit mir lieb. - Sonst mehen in der Regel oft heftige Nordwinde hier - wir haben Glück - allerdings sind wir auch im Hochsommer. - Guten Tag, mein Herr.“

Um 10 Uhr begab sich Albert Wiegandt nach einem nicht gerade angenehm verlebten Tage zu Bett. Er fühlte sich noch müde von der vorigen schlaflosen Nacht, trotzdem er bereits am Nachmittag mehrere Stunden geschlummert hatte. Wie vor der Siesta nach dem Diner, so schob er auch jetzt den Kiebel von innen vor - ja er begnügte sich für die Nacht nicht damit, sondern brachte noch eine der mitgenommenen dreiteiligen Sicherungen an dem allerdings nur leichten Schlosse an. Dann legte er sich beruhigt nieder.

Mehrere Stunden lag der ermüdete Reisende in einem zwar kontinuierlichen, aber doch ziemlich unruhigen Schläfe. Seine Aufregung fand ihren Ausdruck in unbehaglichen Träumen, er wälzte sich des öfteren umher und öffnete manchmal schlaftrunken die Augen, um sie so gleich wieder erschöpft zu schließen. In einem solchen Zu-

stande des Halberwachens war es, daß er ein leises Geräusch zu vernehmen glaubte. Im ersten Schreden ließ er einen Schrei aus - dann wurde er selber vollständig wach, er richtete sich auf, rieb sich die Augen und lauschte mit geschärften Ohren.

Alles still.

Hatte ein Traum ihn getäuscht oder hatte sich wirklich jemand am Schlosse seiner Tür zu schaffen gemacht?

Vergeblich suchte er sich völlig klar zu werden. Doch sein Mißtrauen war einmal wachgerufen. Wer einen solchen Schak zu gewinnen strebt, der fackelt nicht lange mit Dolch oder Messer, sagte er zu sich. Beides verursacht keinen Lärm - mein Leben ist, sobald man ahnt, mit welchem Auftrag ich unterwegs bin, jedenfalls vogelfrei.

Er stand auf, leckte die elektrische Beleuchtung in Betrieb, kleidete sich an und setzte sich für den Rest der Nacht auf seinem Koffer. Warm genug war es ja. Einen sechs-läufigen Revolver, den er für alle Fälle zu sich gefaßt, legte er neben sich in den Bereich der Hand. So lag er, beständig mit seiner Ermüdung im Kampfe, bis zur Morgendämmerung - dann gab er dem physischen Bedürfnis nach und verbrachte mehrere Stunden in tiefem, ruhigem Schläfe. Als er erwachte und nach der Uhr sah, war es neun. Er erhob sich, warf einen triumphierenden Blick auf den unverkehrten Koffer und trat zur Tür, um sich von dem Zustande des Schlosses zu überzeugen.

Kein Zweifel - eine fremde Hand hatte wirklich an demselben gearbeitet, wie sich deutlich aus der Verbiegung der Sicherung ergab!

Bekürzt startete der Prokurist auf das corpus delicti.

Es wüßte also doch jemand um seine Mission! War das aber der Fall, so mußte dieser jemand ihm bereits vom Lande aus gefolgt sein, denn die zufällig auf dem Dampfer anwesenden Passagiere hatten unmöglich den Zweck seiner Fahrt erraten können. Nicht ein einziges bekanntes Gesicht befand sich darunter und Koffer ähnlich dem seinigen waren eine ganze Anzahl vorhanden!

War ihre Absicht trotz aller Vorsicht verraten worden? Aber von wem? Der Volksteilnehmer Orlow war ein Ehrenmann und hatte auch in der betreffenden Nacht soviel zu tun, daß er sich gar nicht einmal über den ausgefallenen Paß den Kopf zerbrach. Der angeführte Grund erschien ja plausibel genug. Kam nur noch der junge Maruschewski in Frage. Albert mochte den Dackchen nie recht leiden, er war gefällig und

der englischen Abteilung mit Vertretern des Kontinents über- wiesen. — Ein Antrag des finnländischen Verbandes; ihm 4000 Frs. aus Bundesmitteln für Propagandazwecke zu be- willigen, wird abgelehnt. — Dem Sekretär wird Entlastung erteilt und ihm 3000 Mk. als Remuneration für die abge- laufenen 3 Geschäftsjahre bewilligt. Schlicke wird als Sekretär wiedergewählt.

Am Krankenlager der Gesellschaft.

In Frankfurt a. M. tagte vom 19. bis 22. Oktober der Erste deutsche Soziologenkongress, dem eine Reihe bedeutender Gelehrten angehört. Wir nennen bloß die Namen der Professoren Zönnies, Max Weber und Trötschel. Der Kongress war veranstaltet von der „Deutschen Gesell- schaft für Soziologie“, die sich die Aufgabe stellt, soziologische Probleme zu untersuchen und die Ergebnisse dieser Unter- suchungen in der Form von Monographien zu veröffentlichen. Prof. Zönnies-Kiel hielt auf dem Frankfurter Kongress eine Programmsprache, in der er die Wege und Ziele der Soziologie beleuchtete. Er verglich die Gesellschaft mit einem Patienten, an dessen Krankenlager die Wissenschaft tritt. Am Krankenbett gebe es verschiedene Meinungen der Ärzte. Sie alle aber leite der eine Zweck, nämlich die Gesundheit und das lange Leben des Patienten. „So wollen auch wir die Ge- sundheit, das lange Leben der Nation oder der ganzen Menschheit oder der europäischen Kultur.“ In der sozialen Pathologie seien Patienten und Ärzte nicht streng getrennt. Zur Nation sprächen nur ausgewählte Vertre- ter, die zugleich Ärzte seien und die Frage, ob der Patient krank sei, entscheiden wollten. Die Menschheit müsse sich be- mühen, daß Wissenschaft und Weisheit ihr bester Weg- weiser seien.

Man kann nicht umhin, den Vertretern der Wissenschaft zu dieser Diagnose, die zugleich ein gutes Stück Selbst- erkenntnis birgt, die Anerkennung auszusprechen, daß sie den Zustand der Gesellschaft richtig beurteilt. Ob die „Gesellschaft“ freilich von dieser Betrachtungsweise besonders erbaut sein wird, das steht auf einem anderen Blatte. Aber es genügt nicht, daß die Wissenschaft die Gesellschaft als Kranken erkennt und die Art der bestehenden Krankheit untersucht. Denn so interessant es für jeden Menschen, dem man sagt: „Mein Lieber, du bist krank“, sein mag, zu er- fahren, welches die eigentlichen und bedenklichen Krank- heits Symptome sind und an welcher Krankheit er leide, in erster Linie wird er doch den begrifflichen Wunsch haben, geheilt zu werden. Will die Soziologie als Arzt der Gesellschaft gelten, so kann sie sich nicht damit begnügen, den Kranken abzulköpfen und auszufuttern, ihn mit Röntgen- strahlen zu durchleuchten und seine Ausgangsstoffe zu unter- suchen, sondern sie muß ihn in Heilbehandlung nehmen, ihn gesund zu machen versuchen. Da klingt es recht wenig tröstlich, wenn Professor Zönnies weiter er- klärt:

„Wir lassen in unserer Gesellschaft für Sozio- logie alle Zukunftsprogramme und alle sozialpoli- tischen Programme aus dem Spiel, nicht weil wir sie verachten, sondern weil wir lediglich vollkommen ob- jektiv untersuchen wollen. Wenn auch vollkommene Objektivität ein unerreichbares Ideal ist, so wollen wir doch bemüht sein, uns ihr zu nähern. Wir wollen als Soziolo- gen uns nur mit dem beschäftigen, was ist, und nicht mit dem, was nach unserer Ansicht sein müßte, also nur mit dem bestehenden sozialen Leben. Die Soziologie will nicht politische Probleme lösen, sie legt sich hier vollständige Abstinenz auf, was allerdings nicht ausschließt, daß der ein- zelne als Politiker eingehend persönlichen Anteil an den Fragen nimmt. Die Soziologie versucht die Probleme zu entwirren. Als Soziologen sind wir weder für noch gegen den Sozialismus, weder für noch gegen die Erweiterung der Frauenrechte, weder für noch gegen Klassenmischung. Ob eine Förderung, oder Hemmung der richtigen Erkenntnis entzwingt, ist eine andere Frage. Wir hoffen jedoch das Beste.“

Mit einer solchen Stellungnahme der Soziologie dürfte der kranken Gesellschaft wenig geholfen sein. Prof. Zönnies verweigert hier überdies völlig die Begriffe von Objektivität und Inaktivität. Um wirksam gegen soziale Krankheits- ercheinungen vorzugehen, sie mit den geeigneten Mitteln zu bekämpfen, braucht man den Boden der Objektivität nicht zu verlassen. Objektiv bleiben heißt aber nicht unlätig, indifferent bleiben und sich auf die bloße Diagnose zu beschränken unter Verzicht auf jegliche Heilung. Wenn man es allerdings mit einem so vorur- teilsvollen Patienten, wie die bürgerliche Gesellschaft, zu tun hat, dann mag es für die Wissenschaft angenehmer, vielleicht auch einträglicher sein, sich nicht mit einer bestimmten Heil-

bestimmen, aber dreist und verzehmt. Leider vertraute ihm Herr Redier unbedingt, er hatte es verstanden, sich bei dem gütigen Franzosen einzuschmeicheln und alle Winke und Bedenken des Profuristen ließen unbeachtet.

Gleichviel — wer auch der Urheber des Betrugs sein mochte — die Tatsache stand jedenfalls fest und an die Stelle bloßer Zufallsgefahren waren damit wirkliche Gefahren, deren Vermeidung die äußerste Wachsamkeit benötigte! Albert grübelte lange über etwa aus der beängstigenden Ent- deckung zu ziehenden Folgerungen. Sollte er dem Kapitän und den Schiffsbekannteten von ihr Kenntnis geben? Er er- achtete es nicht für geraten, ebensowenig wie er dem Kapitän seinen Koffer zur Aufbewahrung zu überlassen willens war. In beiden Fällen hätte er auch, weshalb er Diebe zu scheuen hatte, nicht gänzlich zu verschweigen vermocht, und was er nicht aussprach, hätte man vielleicht erraten. Es war besser zu schweigen und der eigenen Kraft zu ver- trauen.

In diesem Zuge wagte er sich fast gar nicht auf das Deck. Vorsichtsvoll, er fühlte sich hochgradig unwohl, blieb er in seiner Kabine sitzen, in welcher er auch — zum großen Entsetzen des Stewards — seine Mahlzeiten ein- nahm.

Kurz nach dem Lunch vernahm er zu seiner Überraschung ein Rufen an der Tür.

„Herin“, rief er befremdet, denn die Ankündigung ge- schah nicht in der zarten, fast mädchenhaften Weise des jugendlichen Assistents, sondern mittels einer kräftigen, männlichen Hand, ohne daß der Ton jedoch geradezu ein ausdrücklicher und unabweisbar gewesen wäre.

„Guten Morgen, Herr Redier.“ — Oberst Joanesco war es, der mit diesen Worten seine imponierende Gestalt mit einem liebeswürdigen Lächeln in der offenen Tür präsentierte. „Wollte mich nur einmal nach Ihrem Be- finden erkundigen, Herr Redier, da Ihr Platz am Tisch leider heute leer blieb. Es scheint Ihnen besser zu gehen, als ich dachte, wie?“

„Ganzlich krank bin ich allerdings nicht — bitte, setzen Sie sich, Herr Oberst.“ — er selber hatte auf dem Bett gelegen und dachte auf den einzigen in dem Salon vorrätigen Stuhl. „Ich habe nur Kopfschmerzen — wohl mehr rheumatischer Art, aber sehr schmerzhaft und reizend. Der Magen scheint zum Glück nicht beteiligt.“

(Fortsetzung folgt.)

methode zu befaßen, sondern sich auf das Gutachten zu be- schränken und die Postulanten anderen zu überlassen, die denn auch weidlich an der Gesellschaft herumdoktern.

Aber die besonderen Aufgaben der Gesellschaft für So- zio-logie referierte Prof. W. Weber-Heidelberg. Danach soll zunächst eine Soziologie des Zeitungs-wesens herausgegeben werden. Es sollen alle Zweige des Zeitungs- wesens, wie Verlagsgeschäft, Redaktion, Nachrichtengeschäft, Annoncengeschäft, soweit sie für seine kulturgeschichtliche und soziologische Eigenart bestimmend sind, untersucht und be- sonders die Wirkung der Presse auf die politischen und kul- turellen Verhältnisse der großen Kulturländer erforscht wer- den. Man will sich an die Praktiker des Zeitungs-wesens, die Verleger und Journalisten werden, um recht viel Material zu bekommen. Dabei sollen die verschiedensten Fragen der Presse untersucht werden, wie die Ausdehnung oder Einschränkung der Publizität, die Frage des wachsenden Kapitalbedarfs, die Verkrüftung der Presse, die Anonymität und das Interesse der Mit- arbeiter, bekanntwerden, die Materialquellen der Presse, die Gestaltung des Nachrichtendienstes, die redaktionelle Ar- beitsleistung, die beruflichen und außerberuflichen Anfor- derungen und Ausichten des Journalisten, die Wirkungen des Zeitungslesens auf das Hirn usw. Die Vorarbeiten zu dieser Untersuchung sind auf 25000 Mk. veranschlagt. Als weitere Aufgabe stellt sich die Gesellschaft die Erforschung der gesell- schaftlichen Beziehungen, also eine Soziologie des Ver- ein-wesens vom Statut bis zu den politischen Vor- teilen. Über dieses Thema sprach bereits Prof. Simmel-Berlin in der Eröffnungsvorlesung.

Im Mittelpunkt der Verhandlungen stand ein Vortrag des Privatdozenten Dr. Blöchl-München über die Begriffe der Rasse und Gesellschaft und einige damit zu- sammenhängende Probleme. Dieser Vortrag bewegte sich auf dem Gebiete der Rassenhygiene und der Bedingungen der Erhaltung einer Rasse. Der Redner suchte zwischen den beiden Richtungen der Mitteldis- und der Herrenmoral einen vermittelnden Standpunkt einzunehmen und die Rassenfrage durch Vererbungsgesetze zu lösen. Er führte aus, daß der Ausbau der gesellschaftlichen Einrichtungen einen weitgehen- den Schutz der Schwachen gebracht habe. Dagegen werde im Interesse der Gesunderhaltung unserer Rasse die Aufmerksamkeit der Untätigen gefordert. Die Gegensätzlichkeit beider Richtungen veranlasse eine Klärung der Begriffe „Rasse“ und „Gesellschaft“, ihrer Verhältnisse zu einander und der sich daraus ergebenden Probleme. „Rasse“ bedeute in diesem Sinne die Erhaltung- und Entwicklungseinheit des über den Individuen weiterdauernden Lebens.“ Sie umfasse den Kreis ähnlicher Lebewesen ähnlicher Abstam- mung mit ähnlichen Nachkommen, die gegen die äußeren Einflüsse in ähnlicher Weise reagieren, sich zerstörenden Ge- walttaten gegenüber gegenständig erheben können und die dahin zusammenwirken, den durch sie vertretenen Lebensstrom dauernd zu erhalten. Die Rassenhygiene befaße sich mit den besten Erhaltung- und Entwicklungsbedingungen dieser Vitalrasse; sie liefere unabwiesbare Normen für Ethik und Politik, weil vom Boden der Rassenkunde allein alle Lichtigkeit an Persönlichkeiten, Familien, Staaten und Völkern entsprosse. Die Gesellschaft beruhe auf dem Austausch von Hilfe zwischen ihren Mitglie- dern. Sie sei als ein lebender Organismus zu verzeichnen, da sie, besonders die zentralisierte Gesellschaft, durch wichtige Funktionsformen ihrer Mitglieder und durch die Wirkungen der Auslese nach außen hin als Kampf- und Erhaltungseinheit auftreten könne. In der Natur seien alle Übergänge von losen bis zu den streng zentralisierten Gesellschaften vor- handen. Auch der einzelne Mensch sei ja schließlich nichts anderes als eine Gesellschaft von Zellen. Der Wettbewerb der Gesellschaften mit Individuen oder anderen Gesellschaf- ten wirke biologisch auf die Individuen zurück und beein- flusse die Auslese. Dies geschehe derart, daß durch soziale In- stinkte und Tugenden auch bestimmte seelische und körperliche Eigenschaften gezeugt werden. So greife die „Gesellschaft“, obgleich nur ein Teil der Rasse, in deren inneren und äußeren Daseinskampf und damit in ihre Erhaltung und Ent- wicklung ein. Weit größer noch sei der Einfluß der Rasse auf die gesellschaftlichen Bindungen. Sie liefere das biolo- gische Fundament der Gesellschaft. Die Erhaltung und Ver- vollkommnung der sozialen Organanlagen sei an den Lebensprozeß der Rasse gebunden und von deren Schicksal abhängig. Entarte die Rasse, so entarten auch ihre sozialen Organe und die gesellschaft- lichen Bindungen zerfielen. Der Schutz der Schwachen sei eine Folge der von der Gesellschaftshygiene geforderten Höherzüchtung der Anlagen der sozialen Organe. Die Rassenhygiene fordere aber auch die Ausmerzung der minderwertigen, wofür sich Redner auf Darwin, Haeckel, Spencer u. a. berief. Nietzsche forderte auch schon die Verwerfung der Mitteldismoral und die Proklamierung der Herrenmoral. Gemildert werde dieser Gegensatz, wenn die in Krankheit und Tod bestehende Ausmerzung abgewälzt werde auf die in Gatten- losigkeit und Anfruchtbarkeit bestehende sexuelle Aus- merzung. Erst die Vermeidung der Erzeugung von Schwachen könne eine volle Lösung des Konfliktes bringen. Wenn keine Schwachen mehr erzeugt würden, dann brauchten auch keine Schwachen mehr ausgejätet zu werden. Notwendig sei daher die gründliche Er- forschung und Beeinflussung der Vererbungs- und Variationsvorgänge. Erst dann, wenn die Er- haltungsnotwendigkeiten der Rasse garan- tiert seien, könne die volle Verwirk- lichung der humanitären Ideale erwartet werden, ohne Gefahr für die menschliche Ent- wicklung.

Zeichen der Zeit!

Das dem englischen Ministerium nahe- stehende Blatt „Daily Chronicle“ veröffentlichte dieser Tage über die deutsch-englischen Beziehun- gen einen langen Aufsatz seines Sonderberichterstatters, der Berlin besuchte. Der Aufsatz vertritt die Ansicht, daß die offiziellen Beziehungen korrekt, aber nicht herz- lich sind und beide Mächte überall gegen- einander arbeiten. Die amtlichen und außeramt- lichen Kreise Deutschlands wünschten dringend eine Besser- ung der Beziehungen beider Länder. Der Berichterstatter glaubt, daß eine Hemmung der Rüstungspolitik nur in Verbindung mit einer allgemeinen politischen Ver- ständigung möglich sei und erklärt, daß das deutsche Stotengefetz wahrscheinlich im nächsten Jahre ab- geändert werde, falls die internationalen Beziehungen un- verändert blieben. „Daily Chronicle“ beklagt in einem Leitartikel die herrschenden Zustände und macht sich die Mühe des Berichterstatters zu eigen, daß eine politische Verständigung Voraussetzung für den Einhalt im Rüssen sei. Eine solche Verständigung in der internationalen Politik sei möglich, ohne die englischen und deutschen Interessen im geringsten zu beeinträchtigen und ohne Frankreich zu schädigen. Soweit reproduziert das

offizielle „Wolff“-Bureau die Ausführungen de „Daily Chronicle“. Aber die Hauptsache ver- schweigt es. Am Schluß des Artikels heißt es nämlich: „Besten denn die britischen und deutschen Staatsmänner nicht hinreichend Mut und Weis- heit, um eine solche Verständigung auf be- ganzen Linie zu erstreben? Wir glauben, es könnte das geschehen, ohne im mindesten britische oder deutsche Inter- essen zu beeinträchtigen. Und was ebenso wichtig ist: eine solche Verständigung würde in keiner Weise Frankreich feindlich sein. Frankreich trägt sich nicht mit Angriffsgelüsten, sein Hauptinteresse ist der Frieden. Warum wird denn kein Versuch gemacht, eine eng- lisch-deutsche Verständigung zu erzielen? Wenn eine kluge und kluge Staatsweisheit dieses glück- liche Ergebnis zustande bringen könnte, wäre die Erlei- terung für Europa unermesslich und der Gewinn für die Menschheit unberechenbar. Wenn andererseits die Staats- weisheit versagt, ist die Aussicht auf die Zukunft äußerst düster. Wofern nicht der stets steigenden Woge des mili- tärtschen und des Flottenaufwandes Einhalt getan wird, muß sie — um mit Sir Edward Grey's Worte zu reden — die Völkerverweltung überfluten. Wenn es mit der Staatsweisheit zu Ende ist, dann kann nichts eine fürchterliche Katastrophe verhindern, wofür nicht etwa — wie Lord Rosebery einmal angedeutet hat — die Arbeiterklassen der Welt dort ins Mittel treten, wo die Staatsmänner Schiffbruch gelitten haben, und einmütig erklären: Wir wollen nichts mehr von diesem Wahnsinn und dieser Torheit wissen, die uns ganz und gar auf- reißt.“

Daß das offiziöse Depeschensbureau gerade den wich- tigsten Teil des Artikels des „Daily Chronicle“ verschweigt, kennzeichnet so recht die engherzige und kleintliche Art der deutschen „Staatsmänner“ und ihrer publizistischen Helfer. Das deutsche Volk soll nicht erfahren, daß man im eng- lischen Ministerium mit dem Eingreifen der Ar- beiterinternationale in die internatio- nale Politik rechnet und sogar darauf hofft — weil einzig die Arbeiterinternationale den Willen und die Macht hat, im entscheidenden Augenblick den Weltfrieden zu erzwingen. Unsere großen Staatsmänner mit den Doppelnamen — Bethmann-Hollweg und Riederlen-Wächler — können weder noch dürfen sie die Friedensfaktoren objektiv würdigen. Ihnen ist vorgeschrieben, dem Milli- tärismus jeden Spielraum zu lassen.

Aus der Partei.

Polizei gegen das Arbeiterbildungswesen. Der Ar- beiterbildungsausschuß der Stettiner Arbeiter hat auf seinem Winterprogramm auch einen Lehrzyklus über den historischen Materialismus, zu dem Genosse Julian Borchardt als Vortragender gewonnen wurde. Nur Mitglieder der hiesigen Gewerkschaften und Parteiorganisa- tionen haben Zutritt; sie müssen ihre Teilnahme vorher an- gemeldet haben. Nur ein geschlossener Personen- kreis kann also an diesen Vorträgen teilnehmen. Als Freitagabend der erste Vortrag stattfand, verlangte jedoch auch jemand Einlaß, der weder im Wahlrecht noch in einer Gewerkschaft organisiert ist und ebenso wenig seine Teil- nahme vorher angemeldet hatte; ein Beauftragter der Polizei teilte ihm mit, daß er sich nicht anmelden dürfe, weil es nicht auf eine Auflösung der „Versammlung“ an- kommen zu lassen, wurde unter Protest dem Beamten das Verbleiben im Saale gestattet. Auf eingelegte Beschwerde wurde vom Polizeipräsidenten erklärt, daß auch die wei- teren Vortragsabende überwacht werden sollen. Die Polizei kann es sich doch nicht versagen, für unsere Sache zu agitieren. Selbstverständlich wird gegen diese Diktatur mit allen verfügbaren Mitteln ange- kämpft werden.

Wahltag. Bei der Stadtverordnetenwahl in Köslau wurden vier Sozialdemokraten ge- wählt. Die Gegner erhielten sechs Mandate.

Freiheit mit dem Galgen daneben. Wie der „Vor- wärts“ berichtet, sind in den Monaten April bis Ende Oktober d. J. nicht weniger als 94 Freiprozesse gegen die sozialdemokratischen Zeitungen angestrengt und durchgeführt worden. Die meisten Prozesse, nämlich 55, entfallen auf die zweite Hälfte des genannten Zeitraums. Freisprechende Urteile konnten insgesamt nur acht erzielt werden, da die Herren Richter, obwohl sie nur allzu oft er- klären mußten, daß die unter Anklage gestellten kritischen Abhandlungen der Wahrheit entsprechend und im großen und ganzen auch zutreffend geschrieben seien, in „der Form“ die Beleidigung zu finden wußten. Die Opfer, die insolge- dessen zu bringen waren resp. noch zu bringen sind, erreich- ten in dieser kurzen Spanne Zeit folgende enorme Höhe: An Geldstrafen 18 308 Mk., an Gefängnisstrafen 3 Jahre 3 Monate und 7 Wochen! Die höchste Gefängnisstrafe in den letzten vier Monaten betrug sechs Monate, die niedrigste einen Monat. Die niedrigsten Geldstrafen in gleicher Zeit 5 und 8 Mk., die höchsten 1500 und zweimal 1200 Mk. Nicht Redaktionen hatten mehr als einen Prozeß. Die meisten Prozesse waren zu Halle und Breslau.

Eine Klage des Reichverbandes gegen den Genossen Barthels von der „Chemnitzer Volksstimme“ endete mit einem Heinefall der Reichsverbände. Die „Volksstimme“ hatte in einer Notiz, „Reichsverbandsklumpen“ überschrieben, ironisch die Tatsache glosiert, daß die Chemnitzer Reichs- verbände alte Flugblätter aus dem Jahre 1907 als neue verbreitet hatten. In der Verhandlung bekannte sich Genosse Heilmann als Verfasser der Notiz, worauf Barthels freige- sprochen wurde. Eine Anklage gegen Heilmann ist wegen Verjährung nicht möglich. Die nicht unerheblichen Kosten fallen den Klägern zur Last.

Auf der Plakatjagd. Der Arbeiter-Radfahrerverein in Giffenberg im Kreise Schleusingen (Thür.) hatte sein Vereinslokal mit den üblichen Wappensprüchen geziert. Durch eine im Lokale abgehaltene Sedantafel wurde diese erfrüh- ternde Tatsache der Behörde bekannt. Einem schönen Tages- ergebnis ein Gen darm und nahm die Plakate, ohne vorher den Wirt oder den Verein zu benachrichtigen, einfach von der Wand. Auf die Beschwerde des Vereins erfolgte die Mitteilung, daß ein gerichtliches Verfahren anhängig sei. Auf die widerrechtliche Beschlagnahme ging die Antwort überhaupt nicht ein. Am 25. Oktober erhielt der Vorstand des Vereins auch wirklich ein Strafmandat über 10 Mk., weil die Anbringung dieser Wappensprüche mit den pol- tischen Verordnungen von 1851 im Widerspruch sei. Die Paragraphen sind noch in Kraft und beziehen sich auf die Verbreitung von Flugblättern und das Anheften von Plakaten. Gegen das Strafmandat ist natürlich richterliche Entscheidung bean- tragt.

und „Auflösung“ gegen den Thron geworfen. Endlich, nach langem Warten, kann der König die Thronrede verlesen, die an mehreren Stellen allerdings wieder von den demonstrativen Rufen unserer Genossen unterbrochen wird. So war König Albert bei seiner ersten Thronrede gute Gelegenheit geboten, den wahren Willen des belgischen Volkes klar erkennen zu lernen.

Die Thronrede brachte allen, die von der klerikalen Regierung irgendwelche Nachgiebigkeit gegen den Reformdrang des Volkes erwarteten, eine gründliche Enttäuschung. Über die wichtigsten Punkte, die Wahlrechtsfrage, geht die Thronrede mit Stillschweigen hinweg, und über die Schulfrage werden nur wenig bestimmte Resolutionsarten gemacht, die den Ausbau des Fachunterrichts und die Maßregeln zur Erleichterung des Schulbesuchs versprechen und das Recht des Familienvaters betonen, den ihm genehmen Unterricht für sein Kind auszuwählen zu können.

Nachdem der König nach Verlesung der Thronrede aus der Kammer nach dem Palais zurückgekehrt war, ereignete sich vor dem Kammergebäude ein Zwischenfall. Die sozialistischen Abgeordneten Hubin und Royer weigerten sich, der Aufforderung der Polizei, weiter zu gehen, Folge zu leisten. Der Abgeordnete Hubin, der sich bereits in der Kammer durch Rundgebungen hervorgetan hatte, wurde infolgedessen verhaftet, trotzdem er auf seine Immunität als Abgeordneter dem Polizeibeamten gegenüber hingewiesen hatte. Diese Verhaftung dürfte Anlaß zu weiteren Zwischenfällen in der Kammer geben.

Vereinigte Staaten.

Der erste Sozialist im Kongress. In diesen Tagen fanden die Gouverneurs-, Staats- und Kongresswahlen statt. Zum ersten Male gelang es unseren Genossen in Milwaukee, den Genossen Berger in den Kongress zu entsenden. Ein erfreulicher Sieg! — Die Republikaner haben bei diesen Wahlen kolossale Schlappen erlitten. Die Demokraten waren siegreich. Sie haben bereits eine Mehrheit von 40 Stimmen in der Kammer.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Donnerstag, den 10. November.

Der Bürgerausschuß beschworwortete resp. genehmigte in seiner gestrigen Sitzung folgende Anträge des Senates: Besoldungsatz für die Beamten der Zollverwaltung. Nachträgliche Abänderung der Beamtenbesoldungsvorlage des Senates. Bewilligung von 600 Mk. an die Gewerbesteuern zur Bestreitung der Kosten des Jahresberichtes für das Geschäftsjahr 1910/11. (Die Gewerbesteuern war es bekanntlich, die sich in ihrem letzten Jahresbericht in volksfeindlicher Weise gegen eine bessere Sozialpolitik, gegen jede Verkürzung der Frauenarbeitszeit wandte. Und diesen Jahresbericht müssen nun die Steuerzahler, zu denen doch auch die darin verhöhten Arbeiter gehören, bezahlen! Red.) An eine Kommission verwiesen wurde der Senatsantrag betr. den Ausbau des ehemaligen St. Annen-Klosters für Museumszwecke. Mitgenehmigt wurde ein Antrag der Kommission betr. Nachforderung für den Theaterbau um Bewilligung weiterer 2000 Mk. für die Kosten eines Sachverständigen-Gutachtens.

Charakteristisches vom Hansabund. Der Hansabund hielt hier am Dienstag eine Versammlung ab, in der sein Geschäftsführer Knoblauch über das Thema: „Was ist neu-deutsche Wirtschaftspolitik?“ sprach. Einige der Sätze aus den Ausführungen Knoblauchs dürften auch die Arbeiter interessieren:

„Es ist vielleicht das Beschämendste, was dem Bürgertum je entgegengesetzt ist: eine in sich geschlossene Arbeiterschaft.“

„Es geschieht heute keine Reichstagswahl mehr, in der nicht der Hansabund vermittelnd und unterstützend eintritt, damit sich die bürgerlichen Parteien auf einen Kandidaten einigen.“

„Der Hansabund will nicht bloß gegen die Sozialdemokratie zum Kampfe aufrufen, was er ja direkt eigentlich gar nicht einmal kann, sondern er will verhindern, daß der Zuwachs der Sozialdemokratie von Jahr zu Jahr steigt.“

Wenn es noch eines Beweises bedurft hätte, daß der Hansabund ein Anhängsel des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie ist, so hat der Direktor Knoblauch ihn mit seiner Lübecker Rede erbracht. Die Förderung des Wirtschaftes und die Bekämpfung der Sozialdemokratie sind die Hauptaufgaben des Hansabundes. Das muß die Arbeiterschaft wissen und dementsprechend handeln.

Lübecker Straßenbahn. Betriebsergebnisse für den Monat Oktober 1910. Befördert sind: 1910: 558 747 Personen, 1909: 541 608 Personen, mehr 17 139 Personen. Eingenommen sind: 1910: 53 965,63 Mk., 1909: 52 367,59 Mk., mehr 1598,04 Mk. Betriebsergebnisse für die Zeit vom 1. April bis 31. Oktober 1910. Befördert sind: 1910: 4 056 396 Personen, 1909: 3 849 806 Personen, mehr 206 590 Personen. Eingenommen sind: 1910: 392 633,51 Mk., 1909: 372 552,27 Mk., mehr 20 081,24 Mk.

pb. Wer ist der Eigentümer des Bootes? Ermittelt wurden zwei Knaben, die sich ein Boot aus dem Bootshafen bei der Drehbrücke angeeignet und es zwecks Unkenntlichmachung mit einem anderen Farbenanstrich versehen hatten. In dem Boote befanden sich zwei Ruder, die dem Eigentümer des Bootes nicht gehören. Diese müssen deshalb anderweitig gestohlen sein. Der rechtmäßige Eigentümer der Ruder wird ersucht, sich im Bureau der Kriminalpolizei zu melden.

Neues Stadt-Theater. Man schreibt uns: Morgen Freitag, abends 8 Uhr gelangt das reizende Lustspiel „Der Reichs-Kressler“ von G. von Moser zur Wiederholung. — Am Sonnabend gelangt Verdis große Oper „Aida“ zur nochmaligen Aufführung. — Die Bühnen-Proben zu der Opern-„Novität“ „Madame Butterfly“ von Puccini sind nunmehr in vollem Gange und findet die Erstaufführung dieses hochinteressanten Werkes am 17. November statt.

Stadthallen-Theater. Man schreibt uns: Morgen Freitag, abends 8 Uhr, findet ein Gastspiel des ausgezeichneten Tenor-Vuffos des Hamburger Stadttheaters, Herrn Eduard Lichtenstein, als Georg in Albert Vogt's komischer Oper „Der Waffenschmied“ statt.

Schlutup. Die Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins, die nächsten Sonntag nachmittag stattfinden sollte, muß verschoben werden. Die Bekanntgabe wird rechtzeitig im „Volksboten“ erfolgen.

Schwartau. Eine Versammlung der weiblichen Mitglieder des Sozialdemokratischen Vereins findet am morgigen Freitag abend 8 Uhr im Gasthof Transvaal statt. Die Genossinnen werden ersucht, recht zahlreich zu erscheinen.

Schwartau. Gemeinderatswahlen. Der Schwartauer Bürgerverein nominierte in seiner letzten Versammlung folgende Personen als Kandidaten zur Gemeinderatswahl: Thiel, Boldt, Dr. Klau, Kahns, Jänike und Klügger. Die Abstimmung im Hars- und Grundbesitzer-Verein hatte folgendes Ergebnis: Boldt, Thiel, Hattenbach, Dr. Klau, Klügger und Kahns. Am 18. November findet eine „öffentliche“ Bürgererversammlung statt; da werden die Kandidaten einer nochmaligen Sichtung unterzogen, weil die bürgerlichen Vereine zusammen gegen die Sozialdemokratie vorgehen werden. Der Sozialdemokratische Verein beruft zum Dienstag abend eine öffentliche Volksversammlung ein. Genosse Stellung referiert über das Thema: „Die Stellung der Sozialdemokratie zu den Gemeinderatswahlen“. Sodann sollen die Kandidaten gewählt werden. — Die Wahl zur Ergänzung des Gemeinderats findet am Donnerstag, dem 17. November 1910, im Hotel Germania hier selbst statt. Es sind sechs Mitglieder zu wählen, von welchen mindestens zwei denjenigen Hausbesitzern angehören müssen, welche jährlich mindestens 15 Mark Einkommensteuer zahlen. Die Wahlhandlung beginnt um 3 Uhr nachmittags. Mit dem Ziehen der Stimmzettel wird um 7 Uhr begonnen.

Schwartau. Wer verwaltet oder verwendet die Kurtaxe? Eine Sache, welche die weitesten Kreise interessieren dürfte, wird zurzeit in unserem Orte täglich besprochen. Es handelt sich um die Verwendung der Gelder, welche von den in Schwartau zur Kur weisenden Fremden in Gestalt der Kurtaxe erhoben werden. Es geht nämlich das Gerücht, daß diese Gelder dem Verein zur Hebung des Fremdenverkehrs zur Verfügung gestellt und von diesem, wie er es für gut befindet, verwendet werden. Sollte dieses Gerücht auch nur eine Spur von Wahrheit enthalten, so wäre dies ein Zustand, der nicht scharf genug gerügt werden könnte. Denn ganz abgesehen davon, daß eine derartige Verwendung der Kurtaxe einfach eine Latzfrage wäre, die durch kein Gesetz gedeckt ist, so würde es doch höchst eigenartig anmuten, wenn der Verein zur Hebung des Fremdenverkehrs, also eine völlig private Vereinigung, über öffentliche Gelder, denn solche stellt die zwangsweise beigetriebene Kurtaxe doch dar, frei und ohne jede Kontrolle verfügen könnte. Zum mindesten aber werden sich die Behörden, oder auch der Verein zur Hebung des Fremdenverkehrs hierzu zu äußern haben. Sie täten am besten, öffentlich zu erklären, in welcher Weise diese Gelder zur Verwendung gelangen und durch wen die Abrechnung kontrolliert wird. Die zufriedenstellende Klärung der Angelegenheit wäre vielleicht ein Gebot; auf dem sich der neugewählte Bürgermeister Dr. Kleiniger, welcher schon einige immerhin bemerkenswerte Gedanken entwickelt hat, seine Spuren verdienen könnte.

Nie erlahmen

darf die Arbeiterschaft in dem Bestreben, für ihre Ziele Propaganda zu machen. Das beste Hilfsmittel dabei ist

die Arbeiterpresse.

Setzt ist die beste Gelegenheit, neue Leser und Abonnenten zu werben. In dieser Arbeit muß sich jeder Arbeiter, jeder Parteigenosse beteiligen. Jeder muß dessen eingedenk sein, daß es Pflicht ist, bei jeder Gelegenheit

für den „Lübecker Volksboten“ zu agitieren.

*** Malente.** Die Wahl zur Ergänzung des Gemeinderats der Gemeinde Malente findet am Donnerstag, dem 24. November 1910, in Krohns Gasthof zu Malente statt. Es sind 6 Mitglieder zu wählen, von denen mindestens 2 mit einem Grundbesitz von mindestens 5 Hektaren angelesen sein müssen. Die Wahlhandlung beginnt um 4 Uhr nachmittags und endet pünktlich 7 Uhr nachmittags. Mit dem Ziehen der Stimmzettel wird um 7 Uhr nachmittags angefangen. — Acht-Uhr-Laden-schluß. Die Liste derjenigen Inhaber von offenen Verkaufsstellen der Gemeinde Malente, die zu der beantragten Einführung des Acht-Uhr-Laden-schlusses eine Erklärung abgegeben haben, liegt vom Mittwoch, dem 9. November, an auf die Dauer von zwei Wochen im Geschäftszimmer des Abgeordneten R. Bentfeldt zur öffentlichen Einsicht aus. Während dieser Zeit können etwaige Einsprüche gegen die Richtigkeit und Vollständigkeit der Liste von den beteiligten Geschäftsinhabern schriftlich oder zu Protokoll bei dem Gemeindevorstand erhoben werden. Nach Ablauf dieser Frist vorgebrachte Einsprüche bleiben unberücksichtigt.

Hamburg. „Preußen“ verloren? Die Lage des gestrandeten holländischen Seglers wird immer gefährlicher. 30 Mann der Besatzung befinden sich noch an Bord. Das Schiff hat ansehend schweren Bodenschaden erlitten. Das Deck hat sich gehoben, der Mast ist gebrochen. Es sind 20 Fuß Wasser im Raum, welches mit den Tiden fällt und steigt. Es wird versucht, das Schiff durch einen Pumpendampfer zu lenzen. Sobald Leichter zur Stelle, soll die obere Ladung, welche in gutem Zustande ist, gelöscht werden. Über den Zusammenstoß der „Preußen“ mit dem englischen Postdampfer „Brighton“ werden von den in Dover gelandeten Matrosen Mitteilungen gemacht, die das Verhalten des englischen Schiffes, gelinde ausgedrückt, sehr sonderbar erscheinen lassen. Der wachhabende Matrose bekundete, daß der Dampfer „Brighton“ sichtbares Licht hatte. Als er dicht an Steuerbord der „Preußen“ herangekommen war, wurde auf dem Segler das Kommando gegeben, auszuweichen. Darauf hörte man von dem Postdampfer Rufe, worauf der Dampfer seinen Kurs änderte. Wir hielten unseren Kurs bei, als plötzlich zu unserer Überraschung der Dampfer auf neue seinen Kurs nach dem Steuerbord der „Preußen“ richtete, so daß die beiden Schiffe heftig zusammenstießen. Die „Preußen“ erlitt ein großes Loch und wir ließen uns von dem Dampfer nach der Dünengehät schleppen. Dort pumpten wir die ganze Nacht und den nächsten Morgen, um das Wasser aus dem Schiff zu entfernen, als plötzlich bei dem heftigen Sturm unsere Unterseite riß und die „Preußen“ auf die Küste geschleudert wurde. Wir machten nach der Strandung eine furchtbare Zeit durch. Obwohl nach bis auf die Haut, waren wir entschlossen, an Bord zu bleiben, so

lange noch eine Hoffnung bestand, das Schiff flott zu bekommen. Die Kaltblütigkeit, die Kapitän Nissen zeigte, ermutigte uns, auszuharren. Die geretteten Seeleute berichteten, daß viele Matrosen, die auf dem Vorderdeck der „Preußen“ arbeiteten, mehrmals nur mit genauer Not dem Tode entgingen, als der Vormast und die Rahen niederstürzten. Sie berichteten ferner, daß das Schiff die im hinteren Raum verstaute Ladung, die aus 100 Planinos, Zucker, Zement und Eisenbahnmaterial bestand, verloren hat. Die Lage des Schiffes sei vollständig hoffnungslos. Einige Angaben über die Größe der „Preußen“ dürften interessieren: Bei einer Länge von 138,6 Meter, einer Breite von 16,4 Meter und einer Rauminhalt (vom Kiel bis zum Oberdeck) von 1025 Meter, hat dieses stählene Schiff einen Brutto-Raumgehalt von 5081 Reg.-Tons (netto 4765 Tons). Die Höhe des Mittelastes vom Kiel bis zum Mastgockel beträgt 68 Meter, die gesamte Segelfläche 5560 Quadratmeter. Die Besatzung zählt vom Kapitän bis zum Schiffsknecht 47 Köpfe. Die „Preußen“ ist wegen ihrer guten Eigenschaften bekannt. So hat sie die Strecke von Locopilla (Chile) nach Vizard, am Eingang des englischen Kanals, in 57 Tagen zurückgelegt, und jezt mußte sie im Kanal das Unglück erleiden, das wahrscheinlich den Untergang des prächtigen Schiffes zur Folge haben wird. — Opfer des Sturmes. Der Südweststurm, der zu Anfang dieser Woche auch hier an der Stadt sich bemerkbar machte, hat auf der Nordsee fünf braven Seeleuten den Untergang gebracht. Wie uns mitgeteilt wird, sind fünf Mann der Besatzung der mit einer Salspeterladung von Locopilla nach Hamburg unterwegs befindlichen Bremer Bark „Schiller“ von schweren Sturzseen über Bord gespielt worden und haben den Tod in den Wellen gefunden. Die Rettung der Leute konnte bei dem schweren Wetter nicht vorgenommen werden.

Bergedorf. Das feuerspeiende Bohrlöch. Die Borortzüge von Hamburg nach Bergedorf sind jezt ständig überfüllt. Der jezt Freitag voriger Woche mit unermindelter Gewalt anhaltende Brand der unterirdischen Gasquelle in Vierlanden übt eine kolossale, aber leicht begreifliche Anziehungskraft aus. Handelt es sich doch bei diesem Naturwunder um eine Erscheinung, wie sie in unseren Gegenden kaum jemals zu beobachten gewesen ist. Wer zur Zeit der Dämmerung oder Dunkelheit hinausfährt, sieht schon dicht hinter Station Mittlerer Landweg die lodernde Flamme, die den Himmel weithin mit feurigem Schein erhellt. Ihr stoßweises Aufleuchten zeigt den explosiven Charakter des Feuers an. Kommt man in Bergedorf an, so bebart es auch am Tage, wo das Flammengemisch am Horizont steht, keiner Wegbeschreibung, um die Brandstätte zu finden. Denn ein ununterbrochener Menschenstrom bewegt sich auf den verschiedenen Wegen, die zum Ziele führen, hin und her. Hat man erst das Straßengeräusch Bergedorfs hinter sich, so kündigt ein anderes, auffälliges, ganz eigenartiges Geräusch die merkwürdige Naturscheinung an. Je näher man Neuenamme kommt, desto stärker wird dieses Geräusch und von der Höhe der Kreuzwege, wo der Wegweiser nach Kirchwarder zeigt, wird, auch am hellen Tage, schon die Flamme des Gasbrandes sichtbar. Der Lärm, den der Ausbruch der unterirdischen Feuergewalten verursacht, ist bereits 100 Meter vor der Brandstätte ohrenbetäubend. Es ist fast unmöglich, ihn mit irgend einem anderen Geräusch zu vergleichen. Bald knattert es wie Gemeinfeuer, bald rollt es dumpf wie unterirdischer Donner, dann wieder faucht und zischt es, als ob eine Riesenlokomotive in eine Bahnhofshalle einfährt. Geht man ganz dicht am Feuer vorüber, so dicht, wie es die furchtbare Hitze der züngelnden Stichtlamme erlaubt, so nimmt der Lärm, der das Trommelfell zu sprengen droht, einen schmetternden Ton an, ungefähr so wie das Aufschlagen unzähliger Hämmer auf eine Stahlplatte. Die Flamme selbst hat die Form eines Schwertknaufes; sie schlägt in der Mitte hellgelb mehrere Meter hoch empor und rechts wie links schlagen Seitenflammen, von denen die eine dunkelrot gefärbt ist, am Boden hin. Das am Bohrlöch liegende gebliebene Eisengerät steht in Weißgluthitze, schwarz ragt daneben, vom Feuerchein umloht, die Lokomotive empor. Das Wasser im vorbeistießenden Graben dampft; noch eine gute Strecke davon ist es lauwarm. Der Anblick des Feuers ist so grandios, daß man sich kaum wieder davon trennen kann. Noch in weiter Entfernung davon behält man im Ohr das unheimliche, wasserfallähnliche Rauschen, das die feuerspeiende Quelle hervorbringt.

Neumünster. Stadtverordnetenwahltag. Bei der gestrigen Erjagswahl für den ausgeschiedenen Genossen Radloff erhielten der Genosse Thomas Buck 1011 und der Kandidat der Bürgerlichen, Restaurateur Martmann 625 Stimmen. Genosse Buck ist also mit überwältigender Majorität gewählt. Das ist die Quittung für das Vorgehen der Polizei am Wahlrechts Sonntag.

Glmsborn. Bülow als Reichstagskandidat. Der Nationale Wahlverein im Kreise Glmsborn-Pinneberg, den jezt der Fortschrittliche Abgeordnete Garstens vertritt, hat dem Fürsten Bülow die Reichstagskandidatur angetragen. Fürst Bülow hat dankend abgelehnt, was sich die nationalen Männer in Glmsborn-Pinneberg von vornherein hätten sagen können.

Tondern. Vollständig eingedächert wurde am Dienstag der Hof des Landmanns Thomsen in Laurup. Infolge des Weststurmes verbreitete sich das Glement in dem weingedachten holzreichen Hof mit solcher Geschwindigkeit, daß 28 Stück Vieh dem Feuer zum Opfer fielen, trotz der Versuche der Nachbarn, in das ein Flammennetz bildende Stallgebäude einzudringen. Der weitaus größte Teil des Haus- und landwirtschaftlichen Inventars, sowie 200 Fuder Heu und Stroh gingen ebenfalls in den Flammen auf.

Melbör. Großfeuer. In der Nacht zum Mittwoch brannte das große Geschäftshaus der Kolonialwarenfirma Warne Nachf., Wessler Rod., nieder. Mehrere Personen, die im oberen Stockwerk waren, wurden mit Leitern von der Straße aus gerettet.

Stavenshagen. Vom Gesinde recht. Das hervorsteckendste Merkmal aller Gesindeordnungen, mit Ausnahme der badischen, sind die Bestimmungen über die Befragung der Dienstvergehen. Die Befragung erfolgt auf Antrag des Arbeitgebers. In die Hand unserer ostelbischen Gutsbesitzer werden diese dem heutigen Rechtsempfinden ins Gesicht schlagenden Bestimmungen zum Gesinde recht gelegt. Ein Maschinist war bei dem Gutsbesitzer Weisendorf auf Carolinenhof bei Stavenshagen zur Jahreskontrakt. An zwei Tagen im vergangenen Sommer hatte er seinem Dienstherrn die Arbeit versagt. Beim Kleemähen mit der Mähmaschine hatte er mittags 12 Uhr Schluß gemacht, um nach dem Gutschose zum Mittagessen zu gehen. Der Dienstherr, kam dazu und befahl, den Rest des Ackerfeldes vollends zu mähen, was etwa 1/2 Stunden in Anspruch genommen hätte. Der Maschinist entgegnete, er wolle sein Essen nicht kalt werden lassen und begab sich nach dem Gutschose. Das erste Dienstvergehen!

Einige Tage später war der Mann damit beschäftigt, die von ihm bediente Maschine auseinander zu nehmen. Der Dienstherr befahl ihm, einen Wagen, der gestrichen

werden sollte, zu reinigen. Der Arbeiter begab sich zum Stellmacher, um sich ein Werkzeug geben zu lassen, mit dem der Wagen von dem anhaftenden Kot befreit werden konnte. Als dies ergebnislos blieb, ging er wieder an seine vorige Arbeit. Das war das zweite Dienstvergehen! Auf die Anzeige des Wagenspächters verhängte das Polizeiamt unter der Aufsicht, seiner Dienstherrschaft die Arbeit verweigert und den schuldigen Gehorsam verweigert zu haben, eine Geldstrafe von 20 Mk., eventl. 10 Tagen Haft, auf Grund der Verordnung betr. die Bestrafung der Dienstvergehen vom 8. August 1892, die als Teil der mecklenburgischen Gesindeordnung anzusehen ist. Das Schöffengericht in Stavenhagen, dem Geburtsort Frig Reuters, dem klassischen Boden von „Rein Hüfung“ befristete mit einer vier Seiten umfassenden Urteilsbegründung die Strafverfügung, ermäßigte aber die Geldstrafe auf 12 Mk., eventl. 6 Tagen Haft. Die mecklenburgische Polizeiverordnung ist dem preussischen Gesetz vom 24. April 1854 getreu nachgebildet — die Befestigung beider Gesetze und der Gesindeordnungen kann vom Reichstag des Schnapsblocks leider nicht mehr erwartet werden. Die Augen der Landarbeiter richten sich auf den neuen Reichstag, der hier gründliche Arbeit zu verrichten hat.

Fehmarn. Die Stellungnahme der Regierung zum Fall der gallischen Dienstmagd Josefa Gaston, die bekanntlich auf Anordnung des Landrats Springer in Usmar rechtswidrig sieben Monate lang ihrer Freiheit beraubt wurde, ist selbst der weit rechtsstehenden Presse zu bunt. Wie wir kürzlich gemeldet haben, hat sich die Regierung lediglich zu der kurzen Feststellung herbeigelassen, daß Weisungen ergangen seien, um ähnlichen Vorkommnissen für die Zukunft vorzubeugen. In der rechtsnationalberalen „Magdeburger Zeitung“ fragt nun ein „Reuterler“:

„Ist das alles? Hat man in unseren regierenden Kreisen keine Vorstellung davon, wie diese Behandlung des Falles wirken muß? In unserer Zeit wirken muß, die bis aufs äußerste erregt, überreizt und mißtrauisch ist? Auf die weiten Kreise des Volkes wirken muß, die ohnedies die Zustände in unserem Staatswesen und die letzten

Ereignisse unserer Politik als eine Kette schmerzender Ungerechtigkeiten empfinden? Gerade hier wäre Gelegenheit gewesen, in den bürokratischen Gang, der so mit der Freiheit eines Menschen spielt — und von der „Freiheit“ war ja in dem Stammbuchers des Reichskanzlers auch die Rede — mit eiserner Faust hineinzufahren, die Schuldigen zu fassen, der verletzten Gerechtigkeit rückhaltlos Genugtuung zu verschaffen und das alles so schnell zu bewirken, als wenn etwa der Kaiser oder der Kronprinz schleunigen Bericht eingefordert hätte. Und was ist von „Verwaltungsreform“ zu erwarten, die solche Vorkommnisse aufweist? Es ist wahr: die Sache gehört in das Ressort des Herrn v. Dallwig und nicht in das des Herrn v. Bethmann-Hollweg. Aber er ist für sie mitverantwortlich und sogar an erster Stelle verantwortlich. Zur Zeit der letzten Winklerwende hat er es ausprechen lassen, daß er sich ein homogenes Ministerium verschaffen wolle, um sich die Möglichkeit einer einheitlichen Politik zu sichern. Diese Möglichkeit hat er damals doch wohl erlangt; nun hat aber auch die Politik, die getrieben wird als eine einheitliche Regierungspolitik und darum als die seinige zu gelten. Hat er die Affäre Gaston nicht gekannt? Dann ist es höchste Zeit, daß er zu richtiger Erkenntnis und zum richtigen Handeln kommt.“

Im Preussischen Abgeordnetenhaus wird sich ja die Gelegenheit bieten, die Herren v. Dallwig und v. Bethmann-Hollweg über das unglaubliche Vorkommnis und die noch unglaublichere Stellung der Regierung dazu zu interpellieren. Es ist unseres Erachtens einfach unmöglich, daß der Landrat Springer in Usmar, der sich eine so große Geheißwidrigkeit hat zuschulden kommen lassen, und der Regierungspräsident in Schleswig, der auf die Beschwerde des armen Mädchens die Sache einfach „zur weiteren Veranlassung dem Herrn Landrat zu Usmar übergeben“ hat (wohl gemerkt: demselben Landrat, gegen den sich die Beschwerde richtete!) — wir sagen: es ist einfach unmöglich, daß diese beiden Herren weiter in ihrem Amte bleiben. Daß die Bevölkerung nach dem Fall Gaston

jedes Vertrauen zu ihnen verloren hat, ist doch selbstverständlich. In einem wirklichen Rechtsstaate würden die Herren schon längst nicht mehr ihr Amt innehaben. In einem wirklichen Rechtsstaate würde aber überhaupt ein derartiges Vorkommnis unmöglich sein. Doch Preußen und Rechtsstaat verhalten sich zu einander so wie Feuer und Wasser.

Lauenburg a. d. E. Einen glänzenden Sieg errangen bei der gestrigen Stadtverordnetenwahl unsere Genossen über ihre bürgerlichen Gegner. Genosse P. Schumacher erhielt 200 und Genosse W. Beck 197 Stimmen. Die Kandidaten der bürgerlichen Parteien erhielten 195 bzw. 149 Stimmen. Die Freude unserer Genossen ist groß, ist es ihnen doch gelungen, zu dem einen in der Gemeindevertretung sitzenden Genossen noch zwei hinzu zu wählen.

Briefkasten.

2 Streitende. Wenn man das Wahlrecht zur Bürgerschaft nicht verlieren will, muß man alljährlich mindestens so viel an Einkommensteuer bezahlen, als für ein Einkommen in Höhe des niedrigsten steuerpflichtigen Betrages (600 Mk.) zu zahlen ist.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gekennzeichneten Artikel: Paul Löwig, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stellingsma. Verleger: F. H. Schumacher. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

Inserate

finden durch den „Lübecker Volksboten“ in den Kreisen des werktätigen Volkes weite Verbreitung und größte Beachtung. Wer auf Erfolg rechnet, inseriere im „Lübecker Volksboten“.

Komitee- und Kommissionssitzungen

Roll- u. Blackwagenkutscher.
Sohnkommission
Freitag abend 9 Uhr.

Dienstag abend entschließ sanft nach langem schweren Leiden meine liebe Frau, meiner Kinder gute Mutter

Emma Rickert, geb. Knies,
im 45. Lebensjahre.
Aufs tiefste betrauert u. schmerzhaft vermisst von den Ihrigen.
Wilhelm Rickert
und Kinder.

Ellerbrook 10/12.
Trauerfeier Sonntag, den 12. November, 1 1/2 Uhr, in der Kapelle Borwert.

Für bewiesene Teilnahme und reiche Kranzspende, sowie Herrn Pastor Goers für seine trostreichen Worte am Grabe des Verstorbenen, F. Kettwich, sagen unsern innigsten Dank.

J. Schöning und Kinder.

Für die vielen Aufmerksamkeiten und Geschenke, die uns zur Feier unserer silbernen Hochzeit zuteil wurden, sagen wir hiermit jedem unsern herzlichsten Dank. **H. Hamann und Frau, Krenschamp, Schwartau.**

Arbeiterinnen

für die Marinieranstalt gesucht.
Aug. Schumacher
Ermerntstraße 2.

Gesucht zur vorübergehenden Aushilfe für die Krankenkasse eine Persönlichkeit festesten Alters. Mitglieder der Kasse haben den Vorrang.
Die Ortskrankenkasse.

Lapezier-Lehrling
sucht
Aug. Meische, Besterstraße 21.

Verkaufe 5 St. neue Betten m. guten Federn gefüllt a 36 Mk., 2 St. do. mit Damastfedern a 48 Mk., feine weiße Kissenbez. m. Ginf. a 1.45 Mk. Auf Wunsch wird ein Bett zum Bel. der Federn geöffnet. Chokol. 1a. pt. Wegen Jubil. engl. eich. lack. Schlafkammer zu verk. Paulwartstraße 32. Eine Hänglampe und ein Satz neuer Tisch billig zu verkaufen. Brokhofstraße 13, pt.

3x verkaufen 2 Kinderbetten. Trussardstraße 31, I.

Verkaufe ein Sammelalbum von der Klappenstraße bis zum Sternbrenn. Abzugeben. Klappenstraße 12a, II. 2.

Achtung!
Gutsche als Schlichter aus dem Hause für Schwartau und Umgebung. **E. Böhm, Schlichter, Schwartau, Topfberg.**

Anschlussweise diese Woche.
Sonder-Sammelalbum 60 Pfg. Sammelalbum 75 Pfg. Schrift. **Fritz Müller, Mecklenburger 28.**

Die Arbeiter-Garderoben
aus dem Spezial-Geschäft von
Lübeck Otto Albers Kohlm.
Markt 4
sind vorteilhaft bekannt durch gute Verarbeitung u. sehr billige Preise. U. a.:

Leberhosen	2.20-6.45
Maurerhosen	2.60-6.75
Schlosserhosen	1.88-5.25
Überziehhosen	1.08-2.35
Zwirn-Hosen	1.68-3.25

leinere Jacken, schräge u. gerade, 1.28, Rajen, Hemden, Schlachterjacken, Friseurjacken, Malermäntel erstaunlich billig. Mützen von 30 Pf. bis 1.88 Mk. Note Lubecam.

Zwiebeln
hochf. Dauerware, 1 Pfund 6 Pfg., 10 Pfund 58 Pfg., für Wiederverkäufer billiger.
Wilhelm Böttcher, Alststraße 11.
Eierkartoffeln 200 Pfd. Mk. 7.50.

Die Krankenpflege im Hause
als neunzehntes Heft der Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek ist soeben erschienen. Ein unentbehrlicher Ratgeber für jede Familie, da über Behandlung der Kranken im allgemeinen, Einrichtung der Krankenküche, Pflegeleistung, Lagerung und Reinhaltung des Kranken etc. wichtige Ratschläge gegeben sind.
Preis 20 Pfg.
Verhandlung Friedr. Meyer & Co.

Zur Theater-Vorstellung des Arbeiter-Bildungsverein.

Lehrbücher von:
Stützen der Gesellschaft
von Henrik Ibsen
sind zum Preise von 20 Pfg. bei uns erhältlich.
Verhandlung Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Mansa-Theater

Täglich abends 8 1/2 Uhr.
Gastspiel des Original
Parisiana-Ensembles,
mit den bekannten Schlagern:
Turkgeheimnisse
Schwanz in 1 Akt von Reichardt.
Verbotene Frucht
Fanterienstück in 1 Akt v. Provinz.
Ein wenig Musik
Steich in 1 Aufzug von Gronier.
Loos Nr. 33
Schwanz in 1 Akt von W. Assker.
Seit Monaten in Hamburg Tagelohn. In Berlin täglich vor ausverkauften Häusern. Vorverkauf bei Sager.
Vorzugskarten haben nur wochentags Gültigkeit.

IVO PUKHANNY.



Ein Sprung in's Ungewisse

Ist jeder Versuch, die bewährten Marken **PALMIN** (Pflanzenfett) und **PALMONA** (Pflanzen-Butter-Margarine) durch unbekannte, billige Fette zu ersetzen. Palmöl und Palmolein werden seit vielen Jahren täglich in Millionen Haushaltungen verwendet; sie sind also erprobt und bewährt, sonst würden sie nicht den ausgezeichneten Ruf genießen, den sie von der feinsten bis zur einfachsten Küche besitzen. Darin liegt eine Garantie, die bei unbekanntem Marken nicht geboten wird.

Jedermann sehe sich das heurige Programm des **Apollo-Theater** an! Er wird über klare, deutliche Vorführung der interessantesten, neuen Bilder **überrascht** sein!

Verein zur Förderung der Geflügelzucht
(alter Verein)
Allgemeine Lübecker Geflügel-Ausstellung
vom 12. bis 14. November
im Konzerthaus Lübeck, Finkenburger Allee 40-42.
Eröffnung: Sonntag abend mittag 2 Uhr. Eintritt 30 Pfg.
Schluss: Montag nachmittag 6 Uhr. Kinder 10 Pfg.

Einladung zum Ball
der Arbeiter und Arbeiterinnen der Firma Schacht & Co. im Konzerthaus Flora (Mag. Siem) am Freitag, dem 11. November 1910.
Anfang 8 Uhr. Eintritt 60 Pfg., Damen frei. Jede morgens. Das Komitee.

Vorträge
der
Oberschulbehörde
im
Winterhalbjahre 1910/11.

I.
Rat Dr. Linde:
Von griechischer Plastik.
Fortsetzung: Freitag, den 11. und 13. November.

II.
Dr. Rathgen, Professor am Kolonialinstitut zu Hamburg:
Grundzüge der Handelspolitik.
4 Vorträge: Donnerstag, den 10., 17., 24. November und 1. Dezember.

Die Vorträge finden in der Aula des Johanneums, bei St. Johannis Nr. 3, statt. Die Vorträge unter I. beginnen um 8 1/2 Uhr, die unter II. um 8 1/2 Uhr.
Eintrittskarten sind zu haben im Bureau der Oberschulbehörde, Glockengießerstraße 4, I., bei F. W. Kaihel, Breitestr. 40, R. Quitzow, Breitestr. 97, Lübeck & Nahrung, Breitestr. 31, Robert Lübeck, Königstraße 41, Bureau der Ortskrankenkasse und Oeffentlichen Beschalle, Mengstr. 28, in der Nebenstelle der Spar- u. Anleihekasse, Finkenburger Allee 13/15, sowie im Bureau des Arbeiter-Sekretariats, Johannisstraße 48.
Preis für jede Vortragsreihe Mk. 1,—. Für die Serie I. sind auch Einzelkarten zu 50 Pfg. zu haben.

Achtung!
Fabrikarbeiterverband
Zahlstelle Lübeck.
Wegen Renovierung des kleinen Saales des Gewerkschaftshauses findet die Mitgliederversammlung am Freitag, dem 11. November, nicht statt.
Die Ortsverwaltung.

Schwartau-Mensfeld
Frauenversammlung
am Freitag, dem 11. November, im Gasthof Traubenthal.
Der Vorstand.

Stadthallentheater.
Freitag, 11. Nov. Abends 8 Uhr.
Gastspiel Eduard Lichtenstein vom Stadttheater in Hamburg.
Der Waffenschmied.
Komische Oper von Alb. Lortzing. Vorkauf täglich in den bekannten Stellen bei Nagel, Markt 14 und Roß, Kohlmarkt 13.

Neues Stadttheater.
Freitag, 11. Novbr. Abends 8 Uhr. Roll-Ab. 49. Freitag-Ab. 9.
Der Veilchenfresser
Puppenspiel von G. v. Moser. Sonnabend, 12. Novbr. 7 1/2 Uhr.
A i d a.
Große Oper von G. Verdi. In Vorbereitung! Neu!
Madame Butterfly.
Oper von Puccini.